

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1935

61 (23.5.1935)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-897211](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-897211)

Nachrichten

für Stadt Eilsfleth und Umgebung

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung, Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag, vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen am Tage vorher erbeten. Bei Konkursverfahren oder Zwangsvergleichen wird etwa bewilligter Nachlaß hinsichtlich.

Bezugspreis mit der Beilage „Heimat und Welt“ monatlich 1.00 RM ausschließlich Bestellgeld, Einzelpreis 10 Pf. D. IV 35: 542. Druck und Verlag: V. Zirk, Eilsfleth. Druckschiffleitung: F. Zirk, Eilsfleth. Grundpreise: Die 46 mm breite Anzeigenmillimeterzeile 4 Pf. (nähere Bedingungen in der Anzeigenpreisliste 2, Nachschiff A), die 90 mm breite Zeitmillimeterzeile 20 Pf. Verantwortlicher Anzeigenleiter: F. Zirk, Eilsfleth. Für durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen kein Einpruchrecht. Schließfach 17

Nr. 61

Eilsfleth, Donnerstag, den 23. Mai

1935

Deutscher Reichstag

Historische Sitzung in der Krolloper

Am Dienstagabend trat der Deutsche Reichstag in der Kroll-Oper zu Berlin zusammen, um die seit langem von der ganzen Welt mit außerordentlicher Spannung erwartete Rede des Führers und die außenpolitische Erklärung der Reichsregierung entgegenzunehmen. Das Haus und die Reichsgebäude waren vollkommen besetzt, als Reichspräsident Göring mit einem herzlichen Marsch auf den vorbereiteten polnischen Nationalhelden Marschall Piłsudski die Sitzung eröffnete. Vor Eintritt in die Tagesordnung erteilte er sodann das Wort dem Reichsinnenminister Dr. Brüning, der unter stürmischem Beifall des Hauses folgende Mitteilung machte:

Am 16. März 1935 wurde das Gesetz über den Aufbau der Wehrmacht beschlossen, das die allgemeine Wehrpflicht wieder einführt. Heute hat die Reichsregierung in Ausführung ihres Gesetzes das Wehrgesetz erlassen, das die näheren Bestimmungen über den Wehrdienst enthält und das morgen verkündet wird.

Mit lang anhaltenden stürmischen Heulrufen begrüßte, wie ich schon der Führer und Reichszugler an das Redner-

Unter atemloser Spannung des Hauses sprach dann

der Führer

Herr Hitler führte aus: Reichstagspräsident Parteigewisse Übung hat auf Wunsch der Reichsregierung den Reichstag zu dieser Sitzung einberufen, um Ihnen als Vertretern der deutschen Nation jene Aufklärungen geben zu können, die ich für nötig erachte zum Verständnis der Haltung und der Entschlüsse der deutschen Regierung zu den uns alle bewegenden großen Fragen der Zeit. In dieser Abicht spreche ich zu Ihnen und damit zum ganzen deutschen Volk. Ich spreche darüber hinaus aber auch zu all denen der übrigen Welt, die sich, sei es aus Pflicht oder Interesse ebenfalls bemühen, einen Einblick zu gewinnen in unsere Gedanken gegenüber diesen auch für Sie bewegenden Fragen. Ich halte es für glücklich, eine solche Aufklärung an dieser Stelle zu geben, weil dadurch am ehesten der Gefahr vorbeugt wird, die in der erfahrungsgemäß meist verkehrten Interpretation von Gesprächen liegt, die zu weit oder im kleineren Kreise stattfinden und dann natürlich nur bruchstückweise der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden können.

Ich halte diese Art der Abgabe einer solchen Erklärung deshalb für besonders nützlich, weil sie mir nicht nur das Recht gibt, sondern geradezu die Pflicht auferlegt, vollkommen offen zu sein und über die verschiedenen Probleme mit allem Freimut zu reden. Die deutsche Nation hat ein Recht, dies von mir zu fordern, und ich bin entschlossen, dem zu entsprechen. Ich höre häufig aus angelsächsischen Ländern das Bedauern ausprechen, daß Deutschland sich gerade um jenen Grundbesitz demokratischer Staatsaufstellung bemüht hätte, die diesen Ländern besonders heilig seien. Die Meinung liegt in einem schwerer Irrtum zugrunde. Deutschland hat eine „demokratische“ Verfassung. Die heutige deutsche Regierung des nationalsozialistischen Staates ist ebenfalls vom Volke gerufen und fühlt sich ebenso dem Volke verantwortlich. Es spielt keine Rolle, wie groß die Verantwortung in den einzelnen Ländern ist, die auf einen Vertreter entfallen muß. Es gibt Länder, die 20 000 Stimmen für einen Abgeordneten als erforderlich ansehen, in anderen wieder genügen schon 10 000 oder 5000, und wieder in anderen sind es 60 000 oder mehr.

Das deutsche Volk hat mit 38 Millionen Stimmen einen einzigen Abgeordneten als seinen Vertreter gewählt. Dies ist vielleicht einer der wesentlichsten Unterschiede gegenüber den Verhältnissen in den anderen Ländern. Es bedeutet aber, daß ich mich genau so dem deutschen Volk gegenüber verantwortlich fühle wie irgendein Parlament. Ich handele dank seinem Vertrauen und in seinem Auftrag. Das deutsche Volk hat daher ein Recht, von einer Erklärung wie der heutigen zu erwarten, daß sie ungekünstelt und offen die Fragen erörtert, die nicht nur die andere Welt, sondern die mindest ebenso stark auch das deutsche Volk bewegen.

Die Verantwortung des Regierungschefs

Und ich bin glücklich darüber: Denn ich muß als Führer und Kanzler der Nation und als Chef der Reichsregierung leider manchmal Entschlüsse fassen, die schon bei solche schwer genug sind, deren Gewicht sich aber noch erhöht durch die Tatsache, daß es mir nicht gegeben ist, meine Verantwortung zu teilen oder gar auf andere abwälzen zu können. So habe ich wenigstens den einen Wunsch, daß die Nation selbst Einblick zu geben in die mich bewegenden Gedanken, um ihr so das Verständnis zu erleichtern für diese Entschlüsse und Maßnahmen, die diesen Gedanken entsprechen. Je schwerer aber diese Entschlüsse sind, um so mehr möchte ich als Deutscher mein Handeln unabhängig machen von allen Instinkten der Schwäche oder der Furcht,

und es in Übereinstimmung bringen mit meinem Gewissen gegenüber meinem Gott und dem Volke, dem er mich dienen läßt.

Als der vereingete Herr Reichspräsident mich am 30. Januar vor zwei Jahren zur Bildung der neuen Regierung und zur Führung der Reichsgeschäfte berief, zweifelte ich nicht an der Führung der mir gestellten Aufgabe. Schadenfreude und Sorge erfüllten nebeneinander das damals noch so zerrissene deutsche Volk. Denn unsere Lage schien nur dem inneren Feinde hoffnungsvoll zu sein, die wahren Freunde empfanden sie aber als unvorstellbar traurig. Auf zahlreichen Gebieten war das nationale Leben auf das schwerste bedroht. Wenn auch für viele — begreiflicherweise — die wirtschaftliche Katastrophe alles andere überragte, so war es doch für den tiefen Frieden klar, daß sie nur eine Folgeerscheinung darstellte. Die wirtschaftlich notwendige Auswirkung einer Anzahl innerer Ursachen, die teils gesellschaftlicher, teils organisatorischer-politischer, über allem aber auch moralischer Natur waren. Es gehörte ein sehr großer Mut dazu, angesichts der erdrückenden Fülle der Aufgaben, der scheinbaren Trostlosigkeit der Situation sowie der gegebenen Beschränkung aller Mittel nicht zu verzagen, sondern die Arbeit für die Wiederherstellung der Nation aus ihrem Leid und Verfall sofort in Angriff zu nehmen.

Wirtschaftlich befanden wir uns folgender Lage gegenüber: Nach einem vierjährigen Krieg, der an sich der gesamten nationalen Volkswirtschaft schon furchtbare Schäden zugefügt hatte, zwangen die siegreichen Gegner das deutsche Volk unter ein Friedensdiktat, das bar jeder politischen und wirtschaftlichen Vernunft das am Ende des Krieges sich ergebende Verhältnis der Kräfte zur rechtlichen Grundlage des Lebens der Völker für immer machen will. Ohne jede Prüfung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen und Gesetze, ja, in direktem Gegensatz zu ihnen, werden einerseits die ökonomischen Möglichkeiten gedroht, andererseits aber außerhalb jeder Wirtschaft liegende Leistungsansprüche gestellt.

Berailles verkörperte die Wirtschaft

Unter der Generalbezeichnung „Wiedergerutmachung“ erfolgt die Zerstückelung der primitivsten wirtschaftlichen Einheit ergab sich folgende Situation:

1. Die Nation hat einen Überfluß an Arbeitskraft. 2. Sie besitzt ein großes Bedürfnis zum Ersatz der ihrem gewohnten hohen Lebensstandard entsprechenden, durch den Krieg, die Inflation und die Wiedergerutmachung aber entzogenen Lebensgüter. 3. Sie leidet an einem im eigenen Lebensraum begründeten Mangel von Nahrungsmitteln und Rohstoffen. 4. Der zur Behebung von all dem notwendige internationale Absatzmarkt ist zu klein und wird außerdem praktisch durch zahlreiche Maßnahmen und eine gewisse zwangsläufige Entwicklung immer weiter eingeengt. Es stellt ein schlechtes Zeugnis für das wirtschaftliche Verständnis unserer damaligen politischen Gegner aus, daß sie die Unmöglichkeit der weiteren Erfüllung unbegrenzter, ja manchmal geradezu unverständlicher Forderungen erst dann einzusehen begannen, als durch dieses ihr Verhalten nicht nur die deutsche Nationalwirtschaft restlos zugrunde gerichtet war, sondern auch die Wirtschaft der anderen Länder dem nachzujulien begannen.

Das Ergebnis dieses Wahnsinns aber war in Deutschland eine stillgelegte Industrie, eine vernichtete Landwirtschaft, ein ruinierter Mittelstand, ein verödetes Handel, eine überhäufte Gesamtwirtschaft, durch und durch zerstückelte öffentliche Finanzen, sechshundert Millionen registrierte in Wirklichkeit aber mehr als siebeneinhalf Millionen tatsächliche Erwerbslose!

Wollte man allein dieser wirtschaftlichen Katastrophe entgegenzutreten, dann waren schon hierzu sehr harte Entschlüsse notwendig. Die deutsche Nation konnte einst auf einem begrenzten Lebensraum ihren Menschenreichtum anhäufen, dank der ausreichenden Lebensbedingungen, die sich aus ihrer Teilnahme an der internationalen Weltwirtschaft ergaben. Solange diese Voraussetzung bestand, waren die 67 Millionen Menschen auf dem engen deutschen Lebensraum nicht nur in ihrem inneren eigenen Lebensanspruch gesichert, sondern auch ein nützlichster Wirtschaftsfaktor für die andere Welt. Der Verlauf des Krieges und besonders die Folgen der Nachkriegspolitik werden bereinigt als eine katastrophe, wenn auch furchtbare Widerlegung gelten können jener naiven Meinung, — die aber leider vor dem Krieg das Denken mancher Staatsmänner beherrschte —, daß der wirtschaftliche Vorteil eines europäischen Staates am besten gefördert würde, durch die wirtschaftliche Vernichtung eines anderen.

Autarkie ist unklug

Die wirtschaftliche Friedensbelastung der deutschen Nation auf der einen Seite sowie ihre welt- und binnenwirtschaftliche Benachteiligung auf der anderen zwingen aber jede Staatsführung, sie mag nun wollen oder nicht, den gegebenen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Wir alle sind der Überzeugung, daß die reflexlose Durchführung des Gedankens der wirtschaftlichen Autarkie aller Staaten, wie sie sich heute anzubahnen droht, von einer höheren Warte aus

gelesen, unklug und in ihrem Ergebnis für alle Völker nur schädlich sein kann.

Es ist wirtschaftlich gesehen wenig vernünftig, aus natürlich gegebenen Agrar- und Rohstoffgebieten künstlich Industrieland zu machen und umgekehrt die menschenüberfüllten Industrielande zu einer primitiven Rohstoff- oder gar Rohstoff-Erzeugung zu zwingen. Für Europa wird die Entwicklung bereinigt von sehr unerfreulichen und bösen Folgen sein. Allein eine Verringerung dieser von einem höheren wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus unvernünftigen Tendenzen liegt leider nicht im Vermögen Deutschlands. In eben dem Maße, in dem der fehlende internationale Absatz uns zur Einschränkung im Einkauf verpflichtet wird — um die deutsche Arbeitskraft nicht bradliegen zu lassen — vermindert werden müssen, die fehlenden Rohstoffe entweder durch komplizierte Verfahren leicht zu gewinnen, oder wenn dies nicht möglich ist, sie zu ersetzen.

Diese Aufgabe kann aber nur durch eine planmäßig geleitete Wirtschaft gelöst werden. Ein gefährliches Unternehmen, weil jeder Planwirtschaft nur zu leicht die Verbürokratisierung und damit die Erstarrung der ewig schöpferischen privaten Einzelinitiative folgt. Wir können aber im Interesse unseres Volkes nicht wünschen, daß durch eine sich dem Kommunismus nähernde Wirtschaft und der dadurch bedingten Einschränkung der Produktions-Energie die mögliche Gesamtleistung unserer vorhandenen Arbeitskraft vermindert und somit der allgemeine Lebensstandard statt einer Verbesserung, erst recht eine Verfallschleuder erfährt. Diese Gefahr wird noch erhöht durch die Tatsache, daß jede Planwirtschaft nur zu leicht die harten Belege der wirtschaftlichen Auslese der Besseren und der Vernichtung der Schwächeren aufhebt oder zumindest einschränkt zugunsten einer Garantieung der Erhaltung auch des minderwertigsten Durchschnitts auf Kosten der höheren Fähigkeit, des höheren Fleißes und Wertes und damit zu Lasten des allgemeinen Nutzens.

Wenn wir also trotz solcher Erkenntnisse diesen Weg beschritten haben, dann geschah es unter dem härtesten Zwang der Notwendigkeit. Was in den 2½ Jahren auf den Gebieten einer planmäßigen Arbeitsbeschaffung, einer planmäßigen Marktregulierung, einer planmäßigen Preis- und Lohngestaltung erreicht wurde, hat man nach wenige Jahre vorher für gänzlich unmöglich gehalten.

Allein es gelang nur dadurch, daß wir hinter diese scheinbar so trockenen wirtschaftlichen Maßnahmen die lebendige Energie der ganzen Nation stellten. Eine Anzahl sachlich und psychologisch Voraussetzungen mußte zu dem Zwecke aber erst geschaffen werden. Um das Funktionieren der nationalen Wirtschaft sicherzustellen, war es notwendig, zunächst eine unbedingte Ruhe in die ewige Bewegung der Lohn- und Preisbildung zu bringen. Es war weiter erforderlich, allen nicht aus einem höheren nationalwirtschaftlichen Interesse kommenden Eingriffen die treibenden Voraussetzungen zu entziehen, d. h. die von der Lohn- und Preispolitik lebenden Massenorganisationen — beider Lager aufzuheben. Die Zerstückelung der Kampfmerkmalen (1) — auf der Arbeitsethik als auch der Arbeitsmerkmale erforderte die analoge Beseitigung der von diesen Interessengruppen ausgehenden und sie dafür stützenden politischen Parteien. Dies wieder zwang zur Einführung einer neuen Konstitution und lebendigen Verfassung und zu einem neuen inneren Reichs- und Staatsaufbau! Sollte das alles aber mehr sein als rein äußerliche Organisationsänderungen, dann mußte das Volk selbst zu einem neuen gesellschaftlichen Denken und Leben erregt werden. Lauter Aufgaben, von denen jede für sich ein Jahrhundert zu erfüllen vermag und über die schon Völker und Staaten zerbrochen sind. Wenn man aber ein solches Programm, das entweder im großen gelingt oder sonst von vornherein in allen Einzelheiten mißlingen muß, zur Verwirklichung bringen will, dann hängt das Gelingen von zwei Voraussetzungen ab, vom Ausmaß der vorhandenen Ruhe und von der Dauer der zur Verfüugung stehenden Zeit.

Objektive Prüfung!

Wir Deutsche können nur beklagen, daß die übrige Welt sich noch immer so wenig Mühe nimmt, eine objektive Prüfung dessen, was in Deutschland in den letzten zweieinhalf Jahren geschehen ist, vorzunehmen und daß sie nicht das Wesen einer Weltanschauung studiert, der diese Leistungen ausschließlich zuzuschreiben sind.

Denn die Zielsetzung sowohl als die Durchführung der Aufgaben, die dem heutigen Deutschland seinen eigenartigen Stempel aufprägen, sind ausschließlich aus dem nationalsozialistischen Gedankengut gekommen, sind der nationalsozialistischen Partei, ihrer Organisation und der ihr eigenen und entstromenden Tatkraft zuzuschreiben. In Deutschland hat sich in den letzten zwei Jahren eine Revolution vollzogen, die größer ist, als dies dem Durchschritt der Menschheit zur Zeit zum Bewußtsein kommt. Der Umfang und die Tiefe dieser Revolution haben nicht gelitten durch die Schonung, mit der sie ihre einjüngigen Gegner behandelte. Denn diese Schonung entsprang durchaus nicht einem Gefühl der Schwäche, als vielmehr der Überzeugung einer turmhohen Heberlegenheit, sowie einer selbstsicheren durch nichts zu erschütternden Siegeszuversicht. Dieses neue Deutschland kann daher nicht in Vergleich gebracht werden mit dem Deutschland der Verarmenheit. Seine Ideen sind ebenso neu wie

seine Handlungen. Der Geist des bürgerlichen Hurra-Patriotismus ist als politisch bestimmender Faktor genau so überwinden wie die Tendenzen des marxistischen Internationalismus.

Kein Kampf gegen fremdes Volkstum

Wenn das heutige Deutschland für den Frieden eintritt, dann tritt es für ihn ein weder aus Schwäche noch aus Feigheit. Es tritt für den Frieden ein aus einer anderen Vorstellung, die der Nationalsozialismus von Volk und Staat besitzt. Denn dieser sieht in der mächtigsten erzwungenen Einklemmung eines Volkes in ein anderes, weisensfremdes, nicht nur kein erfrenenswertes politisches Ziel, sondern als Ergebnis eine Gefährdung der inneren Einheit und damit der Stärke eines Volkes auf lange Zeit gerechnet. Seine Lehre lehnt daher den Gedanken einer nationalen Assimilation dogmatisch ab.

Damit ist auch der bürgerliche Glaube einer möglichen „Germanisation“ widerlegt. Es ist daher weder unser Wunsch noch unsere Pflicht, fremden Völkern das Volkstum, die Sprache oder die Kultur wegzunehmen, um ihnen dafür eine fremde deutsche aufzuzwingen. Wir geben keine Anweisung für die Verbechtung nichtdeutscher Namen aus, im Gegenteil: wir wünschen dies nicht. Unsere völkische Lehre sieht daher in jedem Krieg zur Unterjochung und Beherrschung eines fremden Volkes einen Vorgang, der früher oder später den Sieger innerlich verändert und schwächt, und damit in der Folge zum Verfall führt.

Wir glauben aber auch gar nicht daran, daß in Europa die durch und durch national ererbten Völker im Zeitalter des Nationalitätenprinzips überhaupt noch national enteignet werden könnten! Die letzten 150 Jahre bieten hier belehrende und warnende Beispiele mehr als genug. Die europäischen Nationalstaaten werden bei keinem kommenden Krieg, abgesehen von vorübergehenden Schwächungen ihrer Gegner — mehr erreichen können als geringfügige und im Verhältnis zu den dazugehörigen Opfern gar nicht ins Gewicht fallende völkische Grenzkorrekturen.

Der permanente Kriegszustand, der aber durch solche Absichten zwischen den einzelnen Völkern aufgeschürt wird, mag verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Interessen teilweise als nützlich erscheinen, für die Völker bringt er nur Verluste und Unglück. Das Blut, das auf dem europäischen Kontinent seit 300 Jahren vergossen wurde, steht außer jedem Verhältnis zu dem völkischen Resultat der Ereignisse. Frankreich ist am Ende Frankreich geblieben, Deutschland Deutschland, Polen Polen, Italien Italien, Was dynastischer Egoismus, politische Weidenhaftigkeit und patriotische Verbundenheit an scheinbaren tiefgreifenden staatspolitischen Veränderungen unter Strömen von Blut erreicht haben, hat in nationaler Beziehung stets nur die Oberfläche der Völker gerührt, ihre grundsätzliche Martierung aber wesentlich kaum mehr verändert. Hätten diese Staaten nur einen Bruchteil ihrer Opfer für klügere Zwecke angelegt, so wäre der Erfolg ihrer größer und dauerhafter gewesen.

Wenn ich als Nationalsozialist in allem Freiheit diese Auffassung vertritt, dann bewegt mich dabei noch folgende Erkenntnis: Jeder Krieg verzehrt zunächst die Kräfte der Besten. Da es in Europa aber einen leeren Raum nicht mehr gibt, wird jeder Sieg — ohne an der grundsätzlichen europäischen Not etwas zu ändern — höchstens eine ziffermäßige Vermehrung der Einwohner eines Staates mit sich bringen können. Wenn aber den Völkern daran so viel liegt, dann können sie dies statt mit Tränen auf eine einfachere Weise erreichen. Eine gesunde Sozialpolitik kann bei einer Steigerung der Geburtenfruchtbarkeit einer Nation in wenigen Jahren mehr Kinder des eigenen Volkes schenken, als durch einen Krieg an fremden Menschen erobert und damit unterworfen werden können.

Nein! Das nationalsozialistische Deutschland will den Frieden aus tiefinnersten weltanschaulichen Überzeugungen. Es will ihn weiter aus der einfachen primitiven Erkenntnis, daß kein Krieg geeignet sein würde, das Wesen unserer allgemeinen europäischen Not zu beheben, wohl aber diese zu vermehren. Das heutige Deutschland lebt in einer gewaltigen Arbeit der Wiedergutmachung seiner inneren Schäden.

Keines unserer Projekte sachlicher Natur wird vor 10 bis 20 Jahren vollendet sein. Keine der gestellten Aufgaben ideler Art kann vor 50 oder vielleicht auch 100 Jahren ihre Erfüllung finden. Ich habe einst die nationalsozialistische Revolution durch die Schaffung der Bewegung begonnen und seitdem als Aktion geführt. Ich weiß, wir alle werden nur den allerersten Beginn dieser großen unwägen Entwicklung erleben. Was könnte ich anders wünschen als Ruhe und Frieden? Wenn man aber sagt, daß dies nur der Wunsch der Führung sei, so kann ich darauf folgende Antwort geben: Wenn nur die Führer und Regierenden den Frieden wollen, die Völker selbst haben sich noch nie den Krieg gewünscht!

Deutschland braucht den Frieden, und es will den Frieden!

Wenn ich nun aus dem Munde eines englischen Staatsmannes höre, daß solche Versicherungen nichts sind und nur in der Unterfertigung unter kollektive Verträge die Gewähr der Aufrichtigkeit liegt, so bitte ich Mister Eden, dabei bedenken zu wollen, daß es sich in jedem Fall um eine „Versicherung“ handelt. Es ist manchem viel leichter, einen Namen unter Verträge zu setzen mit dem inneren Vorbehalt einer letzten Nachprüfung in der entscheidenden Stunde, als angeht sich einer ganzen Nation in voller Öffentlichkeit sich zu einer Politik zu bestimmen, die dem Frieden dient, weil sie die Voraussetzungen für den Krieg ablegt.

Ich hätte die Unterfertigung unter zehn Verträge sehen können, so würde das Gewicht dieser Handlungen nicht gleichbedeutend sein mit der Erklärung, die ich anlässlich der Saarabstimmung Frankreich gegeben habe. Wenn ich als Führer und Beauftragter der deutschen Nation vor der Welt und meinem Volk die Versicherung abgebe, daß es mit der Lösung der Saarfrage an Frankreich keine territorialen Forderungen mehr stellen wird, so ist dies ein Beitrag zum Frieden, der größer ist als manche Unterfertigung unter manchem Pakt.

Ich glaube, daß mit dieser feierlichen Erklärung eigentlich ein lange dauernder Streit zwischen beiden Nationen abgeschlossen sein müßte. Wir geben sie ab in der Empfindung, daß dieser Konflikt und die mit ihm verbundenen Opfer für beide Nationen in keinem Verhältnis stehen zu dem Objekt, das, ohne jemals selbst gefragt zu werden, immer wieder die Ursache von sozial allgemeinem Leid und Unlück werden ist und sein würde.

Wenn aber eine solche Erklärung nur die Würdigung findet, zur „Renninis“ genommen zu werden, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als diese Antwort ebenfalls zur „Renninis“ zu nehmen. (Stimm. Beif.) Ich muß aber an dieser Stelle Protest einlegen gegen jeden Versuch, den Wert von Erklärungen je nach Bedarf verschieden zu tagieren. Wenn die deutsche Reichsregierung versichert, namens des deutschen Volkes nichts anderes als den Frieden zu wünschen, dann ist diese Erklärung entweder genau soviel wert als ihre Unterfertigung unter irgendeine besondere Konvention, oder diese könnte sonst nicht mehr wert sein als die erste feierliche Erklärung!

Es ist eigentümlich, daß im geschichtlichen Leben der Völker manchermal förmliche Begriffsdefinitionen vorkommen (Selterrecht), die einer genaueren Prüfung der Vernunft nur schwer standhalten könnten.

Was ist kollektive Zusammenarbeit?

Seit einiger Zeit lebt die Welt z. B. in einer förmlichen Manie von kollektiver Zusammenarbeit, kollektiver Sicherheit, kollektiven Versicherungen usw., die alle auf den ersten Augenblick konkreter Inhalts zu sein scheinen, bei näherem Hinsehen aber zunächst völkischen Deutungen Spielraum geben. Was heißt kollektive Zusammenarbeit? Wer stellt fest, was kollektive Zusammenarbeit ist und was nicht? Ist nicht der Begriff „kollektive Zusammenarbeit“ seit 17 Jahren in der verschiedensten Weise interpretiert worden?

Ich glaube, ich spreche es richtig aus, wenn ich sage, daß neben vielen anderen Reden sich die Siegerstaaten des Versailles Vertrages auch das Recht vorresignieren haben, unüberhörbar zu bestimmen, was „kollektive Zusammenarbeit“ ist und was „kollektive Zusammenarbeit“ nicht ist. (Stimm. anhaltender Beifall.)

Wenn ich mir an dieser Stelle erlaube, eine Kritik an diesem Verfahren zu üben, dann geschieht es, weil dadurch am ehesten die innere Notwendigkeit der letzten Entschlüsse der Reichsregierung klargelegt und das Verständnis für unsere völkischen Wünsche geweckt werden kann.

Der heutige Gedanke der kollektiven Zusammenarbeit der Nationen ist urlichthig und wesentlich geistiges Eigentum des amerikanischen Präsidenten Wilson. Die Politik der Vorkriegszeit wurde mehr bestimmt von der Idee der Bündnisse, von durch gemeinsame Interessen zusammengeschlossenen Nationen. Mit Recht oder Unrecht machte man diese Politik einst verantwortlich für den Ausbruch des Weltkrieges. Seine Beendigung wurde — mindestens soweit es Deutschland betrifft — beschleunigt durch die Doktrin der 14 Punkte Wilsons und der 3 je später noch ergänzenden. In ihnen war im wesentlichen zur Verhütung der Wiederkehr einer ähnlichen Menschheitskatastrophe folgender Gedankengang niedergelegt:

Abrüstung und Sicherheit aller

Der Friede soll nicht sein ein Friede einseitigen Rechtes, sondern ein Friede allgemeiner Gleichheit und damit des allgemeinen Rechtes. Es soll sein ein Friede der Verjüngung, der Abrüstung aller und dadurch der Sicherheit aller. Daraus resultierte als Krönung die Idee einer internationalen kollektiven Zusammenarbeit aller Staaten und Nationen im Völkerbunde. Ich muß an diesem Platz noch einmal versichern, daß es kein Volk gab, das gegen Ende des Krieges diese Ideen begierlicher aufgegriffen hat als das deutsche. Seine Leiden und Opfer waren weitaus am größten von allen der am Kriege teilnehmenden Staaten. Im Vertrauen auf dieses Versprechen legten die deutschen Soldaten die Waffen nieder.

Als im Jahre 1919 der Friede von Versailles dem deutschen Volk diktiert wurde, war der kollektiven Zusammenarbeit der Völker damit das Todesurteil gesprochen worden. Denn an Stelle der Gleichheit aller trat die Klassifikation in Sieger und Besiegte. An Stelle des gleichen Rechtes die Unterscheidung in Berechtigte und Rechtlose. An die Stelle der Verjüngung aller die Bestrafung der Unterlegenen. An die Stelle der internationalen Abrüstung die Abrüstung der Besiegten. An die Stelle der Sicherheit aller trat die Sicherheit der Sieger.

Dennoch wurde noch im Friedensdiktat von Versailles ausdrücklich festgestellt, daß die Abrüstung Deutschlands nur voraussetzen soll zur Ermöglichung der Abrüstung der anderen. Und dies ist an diesem einen Beispiel festzustellen, wie sehr die Idee der kollektiven Zusammenarbeit gerade von denen verkehrt wurde, die heute ihre lautesten Fürsprecher sind.

Deutschland hatte die im Friedensvertrag aufgelegten Bedingungen mit einem förmlichen Fanatismus erfüllt. Finanzziel bis zur vollständigen Zerrüttung seiner Finanzen, wirtschaftlich bis zur totalen Vernichtung seiner Wirtschaft, militärisch bis zur vollkommenen Wehrlosigkeit! Ich wiederhole hier in großen Zügen noch einmal die von niemand zu bestreitenden Tatsachen der deutschen Erfüllung der Verträge.

Die Führer zählte sodann die gewaltigen Leistungen Deutschlands auf Grund des Versailles Diktats auf. Er nannte noch einmal die ungeheuer großen Zahlen der zerstörten Waffen aller Art, vom Infanteriegewehr bis zum schweren Geschütz, vom Torpedoboot bis zum großen Schlachtschiff. Er fuhr dann fort:

Damit hat Deutschland in einer formigen Selbstauflage seinerseits alle Voraussetzungen geschaffen für eine Zusammenarbeit kollektiver Art im Sinne der Gedanken des amerikanischen Präsidenten.

Nun, zumindest nach dem Vollzug dieser deutschen Abrüstung, hätte die Welt übersehen denselben Schritt zur Herstellung der Gleichheit vollziehen müssen. Es ist nur ein Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung, daß es auch bei den anderen Völkern und in den anderen Staaten nicht an mahnenden und warnenden Stimmen gefehlt hat, die für die Erfüllung dieser Pflicht eintraten.

Berzümnis der „Siegerstaaten“

Was aber war geschehen? Während Deutschland seine Verpflichtungen dem ihm aufzitierten Verträge getreu erfüllt hat, unterließ die nachfolgende Vertragserfüllung bei den sogenannten Siegerstaaten. Wenn man heute verucht, durch Ausreden dieses Berzümnis zu entschuldigen, dann ist die Widerlegung solcher Ausflüchte wirklich nicht schwer. Wir hören jetzt zu unserem Erstaunen aus dem Munde fremder Staatsmänner, daß die Pflicht der Erfüllung an sich wohl bestanden hätte, allein die Zeit hierfür noch nicht dagewesen ist.

Wieso? Alle Voraussetzungen für die Abrüstung der anderen Staaten waren damals reiflos gegeben.

1. Deutschland hatte abgerüstet. Sie konnten wirklich nicht behaupten, daß ihnen von dem militärisch gänzlich ohnmächtig gewordenen Staat auch nur die geringste Gefahr hätte drohen können. Dafür aber würde eine solche Abrüstung dem Bestand des Völkerbundes eine so große innere

Kraft gegeben haben, daß kein Staat es hätte wagen können, gegen einen der Teilnehmer an dieser kollektiven und melianen Abrüstung etwas nachträglich Gewalttätig zu wagen! Damals wäre die beste Gelegenheit gewesen, diesen „Betenntnisse“ in eine innere „Tat“ zu verwandeln.

Und dies um so mehr, als 2. auch politisch alle Voraussetzungen dafür gegeben waren. Denn Deutschland hat damals eine Demokratie wie nur je eine. Alles genau kopieren und pflichtgetreu nachgemacht nach den vorhandenen großen Vorbildern. Selbst der Nationalsozialismus reagierte in Deutschland. Selbst der bürgerliche Nationalismus war in gut als verschwinden. Von der Sozialdemokratie über das Zentrum bis zur Demokratie reichte die Spanne der Weltanschauung, die weltanschaulich nicht nur äußerlich der Weltanschauung gleich, sondern sich mit ihr auch programmatisch verbunden fühlte. Auf was wartete man also damals?

Wann konnte je eine bessere Gelegenheit zur Ausführung einer kollektiven Zusammenarbeit kommen als in der Zeit, da in Deutschland ausschließlich jener politische Geist regierte, der auch der Umwelt die charakteristischen Züge verlieh? Nein! Die Zeit war reif, sie war gegeben, nur die Wille war nicht vorhanden!

Ich will aber, wenn ich die Vertragsunterbrechung der Seite des Versailles Vertrages feststelle, mich noch nicht darauf berufen, daß sie nicht abgerüstet hat. Denn wenn man schon glaubt, der damaligen Zeit Bedeutung aufhalten zu können wegen der vertraglich verletzten Abrüstung, dann wird es aber wohl schwer sein, die Gründe anzuführen, die zu einer immer größeren Aufrüstung Veranlassung geben konnten!

Dies ist entscheidend: Nicht nur nicht abgerüstet haben diese anderen Staaten, sondern im Gegenteil ihre Aufrüstung auf das außerordentlichste ergänzt, verbessert und damit erhöht.

Planmäßiger Ausbau der Kriegswaffen

Es spielt dabei der Einwand keine Rolle, daß man ja zum Teil eine personelle Beschränkung vorgenommen habe. Denn diese personelle Beschränkung wurde mehr als reichlich wettgemacht durch die technisch-planmäßige Vollkommenheit der modernsten Kriegswaffen. Es war außerdem jederzeit spielen nachzuholen. Und folgendes muß dabei besonders berücksichtigt werden:

Man hat im Verlauf der Abrüstungsverhandlungen später versucht, die Waffen einzuteilen in Waffen, die mehr für die Verteidigung geeignet, und in solche, die mehr für den Angriff bestimmt seien. Ich muß hier feststellen, daß von diesen für den Angriff als geeignet festgestellten Waffen Deutschland überhaupt keine mehr besaß. Sie wurden alle reiflos zerstört. Und es muß dann aber weiter festgestellt werden, daß gerade diese für den Angriff geeigneten und bestimmten Waffen von den Partnern des Friedensvertrages in der außerordentlichsten Weise weiterentwickelt, verbessert und vermehrt wurden.

Deutschland hatte alle seine Flugzeuge zerstört. Die zwar wurde es nicht nur mehrlos an aktiven Flugzeugen, sondern auch wehrlos an dem passiven Mittel jeder Luftabwehr. In derselben Zeit unterließ aber nicht nur die Vernichtung der vorhandenen Flugzeuge der Vertragspartner, nein, im Gegenteil, sie wurden auf das außerordentlichste weiterentwickelt. Die Schnelligkeit der Jagdflugzeuge z. B. stieg von etwa 220 Kilometer bei Kriegsende selbst dann immer neuer Verbesserungen bei den modernsten Typen auf nahezu 400 Kilometer. Die Bewaffnung von 2 Maschinengewehren auf 3, 4 und 5 und endlich auf kleine Maschinengewehre. Die Steighöhe von den Kriegsenbe 6000 Meter auf 9000, 10 000 und 11 000 Meter.

Konstruktion von Riesenbomben

Statt wie Deutschland die vorhandenen Bombenflugzeuge zu zerstören, wurden sie auf das eifrigste verbessert, weiterentwickelt und durch immer größere und vollere Typen ersetzt. Die bei Kriegsende vorhandenen Bomben wurden gewichtsmäßig von durchschnittlich 500 bis 1000 Kg. Traglast auf 1000 bis 2400 erhöht. Die Schnelligkeit von damals durchschnittlich 125 bis 160 Kilometer auf 250 bis 280 bei Nachtbomben, auf 350 Kilometer bei Tagbomben verbessert! Die Steighöhe von bei Kriegsende 3000—4000 Meter auf 6000, 7000, ja endlich 9000 Meter erhöht! Die Bewaffnung stieg von 2, 3 und 4 Maschinengewehren damals auf 4, 6, ja 8 MG. und endlich bis zu Geschützen. Die Zielparabre wurden so genau verbessert, daß man ganz offen ausgab, mit geradezu fester Sicherheit die ins Auge gefassten Objekte vernichten zu können. Der Sturzbomber wurde überhaupt neu entwickelt. Die Sprengwirkung der Bombe wurde seit Kriegsende eine immer rasantere. Dem Wunsche nach besserer Vergeltung durch neue Erfindungen entsprachen, der Vernichtung der Wohnstätten sollen moderne Brandbomben dienen, die, wie man in den technischen Zeitschriften der verschiedenen Luftarmeen berichtet, überhaupt nicht lösbar sein sollen.

Die Ziel- und Richtgeräte dieser Bombenmaschinen wurden dauernd verfeinert, und endlich wurde wohl der letzte Triumph des Abrüstungsgebantens verkündet, daß nun ohne Piloten Bomber einfach durch Fernsteuerung auf ihre wohlloren Objekte angelegt und abgelassen würden!

Die Zahl der Flugzeuge, der Einflächigen wurde nicht nur nicht vermindert, sondern überall vermehrt. Die Kriegsschiffe der Marinen wurden mit Flugzeugen versehen. Es ist nicht nur, daß den einzelnen Kampfschiffen Kampf- und Bombenflugzeuge als Begleitwaffe mitgegeben wurden, nein man schritt zur Konstruktion besonderer gigantischer Flugzeugträger, und das alles im Zeitraum der im Friedensvertrag von Versailles vorgeschriebenen Befolgung der von Deutschland vorgenommenen Verkürzung der Flugzeuge.

Deutschland hat entsprechend der ihm auferlegten Verpflichtung seine Lants des Weltkrieges vernichtet. Es hat damit ebenfalls eine „Offensivwaffe“ vertragsgetreu zerstört und abgelassen! Es wäre die Pflicht der anderen Staaten gewesen, nun ihrerseits mit der Vernichtung ihrer Lantswaffen zu beginnen. Allein nicht nur, daß diese Verpflichtung unterließ, es erfolgte eine dauernde Verbesserung derselben sowohl in bezug auf Schnelligkeit als auch in bezug auf Widerstand- und Angriffsfähigkeit. Die Schnelligkeit der Weltkriegsstands von 4 bis 12 Kilometer wurde gesteigert auf 30, 40, 50, ja endlich bis auf 160 Kilometer die Stumm. Als Deutschland schon längst seine Riete mehr von zwei ehemaligen Lants besaß, ging Frankreich von den mittleren Typen von 10 bis 14 Tonnen zu schweren Typen von 25 bis 30 Tonnen und endlich zu allerhöchsten Typen von rund 90 Tonnen über.

Zurchbare Lantungeheuer

Während noch im Felde jeder Lant von einem 13-Meter-Projektill durchgeschlagen werden konnte, wurden die neuen Kriessunehener mit Kanaroplasten von 50 bis

Meter ausgestattet und damit sogar für die Geschosse der Feldartillerie unerschütterbar gemacht. Parallel dieser Vorarbeiten passiven Verbesserung dieser Waffen in bezug auf Schnelligkeit, Gewicht, Fabrikfähigkeit, Gasdichte, Sehweite und Panzerstärke ging eine enorme Entwicklung der Angriffswaffen dieser Kriegsmaschinen vor sich. Am Ende der 18. oder des 4.-5. Zentimeter-Geschützes kamen die Kombinationen. Tanks mit 7,5-Zentimeter-, mit 10-Zentimeter-, mit 15-Zentimeter-Geschützen und darüber sind die Panzertürme, sondern furchtbare Wirklichkeit geworden.

In derselben Zeit, in der Deutschland keine Tanks herstellt hat und nun auf die Erfüllung der Forderung der Fertigung wartet, haben die anderen mehr als 5000 neue Tanks gebaut (Gott! hört) und zu immer erschreckteren Waffen verbessert und vervielfacht.

54-Zentimeter-Haubitzen

Die Bestimmung des Versailles-Vertrages mußte Deutschland seine gesamte Artillerie vernichten. Auch wurde erfüllt, während aber die deutschen Haubitzen und Mörser, unter dem Scheinbrennen vernichtet, als Schrott in die Höfen wanderten, unterließ nicht zur analogen Fertigung der schweren Artillerie bei den Vereinigten Staaten, sondern im Gegenteil: es erfolgte auch dort die konstante Weiterentwicklung, Verbesserung und Veranschaulichung.

Als es schon längst keinen 42-Zentimeter-Mörser mehr gibt, erfuhr man, daß den französischen Fabriken die Konstruktion einer 54-Zentimeter-Haubitze erfolgreich gelungen war. Ferngeschütze von 60 bis 120 Kilometer Schußweite als Neukonstruktionen entstanden. Genial wurde die alte und neueste schwere und schwere Artillerie in handliche Transport- und Lasten geteilt, um ihre Beweglichkeit mit Hilfe von Traktoren und Raupenschleppern auf die höchste zu steigern. Dies geschah mit einer Waffe, die sich sehr einfach öffnen und schließen läßt und der gegenüber in Deutschland nicht nur keine Geschosse, sondern einmal die Möglichkeit einer rein defensiven Abwehr.

Gaswaffen: Deutschland mußte laut Versailles-Vertrag die Voraussetzung wieder für die Abrüstung der Vertragspartner seine gesamten Gaswaffen zerstören, und es hat dies getan. In den anderen Staaten war man in den gleichen Laboratorien beschäftigt, natürlich nicht um diese Stoffe abzulassen, sondern im Gegenteil, um sie unerbittlich zu verbessern. In aller Öffentlichkeit wurde von Zeit zu Zeit die erlautende Mitteilung über die gelungenen Aufschüsse eines neuen und noch löblicheren Gases gegeben, wie von neuen Granaten und Bomben zum Verschleiden.

U-Boote: Auch hier hat Deutschland entsprechend den Paragraphen des Versailles-Vertrages zur Ermöglichung der internationalen Abrüstung seine Verpflichtung getreu erfüllt. Was auch nur einem U-Boot ähnlich lag, wurde ihm vom Schneidbrenner restlos zerlegt, aufgerissen und zertrümmert. Die Umwelt hat aber nicht nur dieses Beispiel befolgt, nein, sie hat nicht einmal ihre Kriegsbomben bewahrt, sondern im Gegenteil sie dauernd ergänzt, verbessert und vermehrt. Die Steigerung des Displacements erreichte bis zum 3000-Tonnen-Boot. Die Verstärkung der Armierung bis zur 20-Zentimeter-Ranone. Die Zahl der Torpedo-Rohre wurde pro Boot verdoppelt, ihre Kalibrierung erhöht, der Torpedo selbst in seiner Laufweite und Wirkung gesteigert. Der Aktionsradius dieser Boote nahm gegenüber den Leistungen des Krieges noch mal zu, die Tauchtiefe wurde weiter getieft, die Schutzvorrichtungen genial vervollkommnet.

Dies war der Beitrag zur Abrüstung von Seite der Deutschen, die sich im Versailles-Vertrag mit verpflichtet hatten, und überließ dem deutschen Beispiel zu folgen und damit die U-Bootwaffe zu zerstören.

U-Bootwaffe zu zerstören

Dies sind nur einzelne Tatsachen. Sie liegen sich nach der Richtung hin beliebig ergänzen und vervollständigen. Sie sind insgesamt der jederzeit dokumentarisch zu belegenden Beweis, daß man entgegen den Verpflichtungen des Versailles-Vertrages nicht nur der Abrüstung nicht folgte, sondern im Gegenteil eine dauernde Vermehrung und Verbesserung hochwertiger Kriegsmaschinen vornahm.

Man tat also das, was nicht nur den Absichten des Präsidenten Wilson, sondern auch nach den Auffassungen der meisten Vertreter der anderen Seite den unterzeichneten Verpflichtungen des Versailles-Vertrages gerade entgegensteht war. Wenn dies nicht ein eklatanter Vertragsbruch und zwar einseitiger Vertragsbruch ist, nachdem der andere Partner seine Verpflichtungen restlos erfüllt hatte, und es schwer einzulehen sein, was in Zukunft die Unterzeichnung von Verträgen überhaupt noch für einen Sinn haben kann. (Stürm. Beif.)

Nein: Es gibt dafür keine Befreiung und keine Ausrede. Denn Deutschland war wirklich alles andere eher als ein feiner vollkommener Wehr- und Waffenlosigkeit eine Gefahr für die anderen Staaten.

Trotz jahrelangem vergeblichen Warten auf die Vereinigung der anderen Seite war Deutschland aber auch bereit, seine Hand zu einem wirklichen förmlichen Zusammenarbeiten nicht zu verweigern. Der englische Lordpräsident, Mr. Eden, meint, daß die Bereitwilligkeit der Vertretung einer Parität in der ähmerlichen Festlegung der Wehrfähigkeiten überall anzutreffen gewesen sei. Denn es ist es aber um zu beuhalten, daß man daraus nicht politische Konsequenzen zog. Es war nicht Deutschland, was den Plan einer 200 000-Mann-Armee für alle europäischen Staaten zum Fall brachte, sondern es waren die nicht erfüllten Verträge der anderen Staaten. Und es war endlich nicht Deutschland, das den englischen Vermittlungsvorhaben im Frühjahr 1935 verwarf, sondern es war dies die französische Regierung, die am 17. März 1934 die Verhandlungen darüber abbrach.

Es wird heute manchemal die Hoffnung ausgesprochen, Deutschland möge doch selbst mit einem konstruktiven Plane kommen. Nun, ich habe nicht einmal, sondern schon öfter solche Vorschläge unterbreitet. Hätte man meinen konstruktiven Plan einer 300 000-Mann-Armee angenommen, dann würde vielleicht heute manche Sorge geringer und manche Dinge leichter sein. (Beif.) Es ist aber zwecklos, konstruktive Vorschläge vorzulegen, wenn ihre Ablehnung von vornherein abgesehen werden kann. Wenn ich mich trotzdem erlaube, noch einmal einen Aufschrei meiner Gedanken zu machen, dann geschieht es nur aus dem Gefühl der Pflicht heraus, nichts unversucht zu lassen, um Europa die notwendige innere Sicherheit und den europäischen Völkern das Gefühl der Solidarität zurückzugeben.

Rechtsgleichheit Deutschlands

Nachdem aber nun bisher nicht nur die Erfüllung der Abrüstungsverpflichtung der anderen Staaten unterblieben, sondern auch alle Vorhänge einer Nützlichkeitsgrenze

eine Ablehnung erzwungen, lag ich mich als vor Gott und meinem Gewissen verantwortlicher Führer der deutschen Nation verpflichtet, angeht des Entstehens neuer Militärbindnisse und nach Erhalt der Mitteilung, daß Frankreich zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit (dreieinhalb, nunmehr die Rechtsgleichheit Deutschlands, die man ihm international verweigert hat, trotz des höheren Lebensrechtes der Ration selbst wiederherzustellen. (Stürm. Beif. und sich immer wiederhol. Heilrufe.) Nicht Deutschland hat damit eine ihm auferlegte Vertragsverpflichtung gebrochen, sondern jene Staaten, die uns zu dieser selbständigen Handlung gezwungen haben. Denn die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Verkündung des Gesetzes über die Aufstellung der neuen deutschen Wehrmacht war nichts anderes als die Zurückführung Deutschlands auf einen niemand bedrohenden, aber Deutschlands Sicherheit garantierenden Stand gleichen Rechts! (Sehr richtig! und Beifall.)

Ich möchte mich an dieser Stelle nur kurz mit den Vorwürfen und Unterstellungen beschäftigen, die gegen die Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht gerichtet sind.

Man erklärt, daß Deutschland erstens von niemand bedroht wird, und daß zweitens nicht verständlich sei, warum Deutschland überhaupt aufrüste. Es würde sich hier die Gegenfrage ergeben, warum die andere Seite, die sich auf alle Fälle von dem abgerüsteten Deutschland weniger bedroht fühlen konnte als umgekehrt, nicht ihrerseits die Rüstungen eingestellt und endlich abgebaut hat? Wenn man aber behauptet, daß Deutschland durch seine Wiederaufrüstung die anderen Staaten bedrohe, dann war doch zumindest die Aufrüstung der anderen Staaten eine noch viel stärkere Bedrohung für das abgerüstete wehrlose Deutschland.

Ich glaube, daß es hier das Entweder Oder gibt. Sind Kriegsrüstungen eine Friedensbedrohung, dann sind sie dies bei allen Staaten. Oder sind sie keine Kriegsbewehrung, dann sind sie es bei keinem. Es geht nicht an, daß eine Gruppe von Staaten ihre Rüstung als einen Teilzweig des Friedens, aber die Rüstung der anderen als eine Rute des Teufels hintert.

Tant ist Tant und Bombe ist Bombe

Die Meinung, die Welt für ewig in verschieden berechnete Staaten einteilen zu können, wird immer nur einseitig anerkannt werden. Die deutsche Nation ist jedenfalls nicht gewillt, für alle Zeiten als eine zweifelhafte oder minderberechtigte angesehen und behandelt zu werden. Unsere Friedensliebe ist vielleicht größer als die anderer Völker, denn wir haben am meisten unter diesem unseligen Krieg gelitten. Niemand von uns hat die Wüsten, jemanden zu bedrohen. Allen jeder ist entschlossen, dem deutschen Volk die Gleichheit zu sichern und zu erhalten. Und diese Gleichheit ist aber auch die allererste Voraussetzung für jede praktische und kollektive Zusammenarbeit!

Solange man in bezug auf sie irgendwelche Hintergedanken hat, kann man von vornherein die Verwirklichung einer tatsächlich erfolgreichen europäischen Zusammenarbeit als unmöglich bezeichnen. Im Besitz unbedingt gleicher Rechte wird Deutschland sich niemals weigern, seine Beteiligung an jeden Arbeiten auf sich zu nehmen, die dem menschlichen Frieden, dem Fortschritt und dem wirtschaftlichen Wohlergehen zu dienen die Pflicht haben. Ich glaube aber, an dieser Stelle nicht zurückhalten zu dürfen mit einer Kritik an gewissen Methoden, die dem Geiste des Versailles-Friedensbündnisses entstammen, verantwortlich sind für das Scheitern so mancher sicherlich gut gemeinter Bestrebungen. Die Welt lebt heute im Zeitalter der Konferenzen. Wenn soziale dieser Zusammenkünfte gänzlich erfolglos verlaufen, dann liegt die Ursache für diese Enttäuschung nicht selten schon in der Art der Programm-Aufstellung und Zielsetzung. Jemandem Kabinett empfindet — wie alle anderen auch — die Notwendigkeit, etwas für den als bedroht gehaltenen Frieden Europas zu tun. Statt nun erst allen in Aussicht genommenen Beteiligten den allgemeinen Gedanken zu unterbreiten mit dem Wunsche, die Auffassungen der einzelnen Staaten bzw. ihrer Regierungen über die möglichen Mittel und Wege der Behandlung und Lösung dieser Frage kennenzulernen, wird zwischen zwei oder drei Kanzleien ein perfektes Programm aufgestellt.

Dabei kann man sich manchemal nicht des Eindrucks erwehren, als ob bei der Fixierung des Inhalts der zu treffenden Beschlüsse der Wunsch als Vater des Gedankens eine Rolle spielt, durch eine Vermengung von Möglichen und Unmöglichen das sichere Scheitern auf Kosten der später Eingeladenen herbeizuführen. Denn indem zwei oder drei Staaten sich auf ein so bis ins Detail hinein festgelegtes Programm einigen, wird dem nachträglich Eingeladenen nur mehr die Kenntnis des aufgestellten Programms vermittelt, mit dem Bemerkten, daß dieses Programm ein unteilbares Ganzes sei und entweder allgemein und ganz angenommen würde oder im gesamten als abgelehnt betrachtet werden müsse.

Vorbedingung für jede Konferenz

Da sich in einem solchen Programm naturgemäß auch sehr gute Gedanken finden können, trägt der Staat, der nicht dem gesamten Entwurf die Zustimmung erteilt, damit die Verantwortung für das Scheitern auch des nächstfolgenden Teils. Dieses Verfahren erinnert sehr stark an die Praxis gewisser Filmverleiher, die gute und schlechte Filme grundsätzlich nur gemeinsam abgeben. (Beif.) Dies ist aber nur verständlich als eine letzte atomistische Erscheinung, die ihre Wurzel im Vorbild der sogenannten Versailles-Friedensverhandlungen besitzt. Man stelle ein Programm auf, überbreite es als Diktat einem Dritten und erkläre das Ganze dann als einen feierlich unterzeichneten Vertrag! Nach diesem Rezept wurde damals versucht, das größte Ringen der Weltgeschichte zu dem von den Völkern so sehr erwinntigen gegenreichen Ende zu bringen. Die Folgen dieses Verfahrens waren allerdings mehr als traurig und zwar nicht nur für die Unterlegenen, sondern auch für die Sieger. Soweit Deutschland in Frage kommt, habe ich demgegenüber nur folgendes zu sagen:

Wir werden an keiner Konferenz mehr teilnehmen, an deren Programm aufstellung wir nicht von vornherein mit beteiligt gewesen sind. (Stürm. Beifall, der sich minutenlang wiederholt.) Wir denken nicht daran, wenn zwei oder drei Staaten ein Vertragsgericht entwerfen, als Dritter dann die erste Kostprobe vorzunehmen. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir uns nicht die Freiheit vorbehalten, Verträge unsere Zustimmung und unsere Unterschrift nicht noch nachträglich zu geben, weil wir bei ihrer Abfassung bzw. an den Konferenzen unbeteiligt waren.

Durchaus nicht. Es kann möglich sein, daß uns ein Vertrag, trotzdem wir an seiner Abfassung oder an der Konferenz, die ihn für eine Reihe von Staaten zum Beschluß erhob, nicht teilnehmen, dennoch in der endgültig zustande gekommenen Fixierung zulaßt und als nützlich erachtet. Wir werden dann nicht zögern, unter Umständen einem solchen Vertrag noch nachträglich unsere Zustimmung und unseren Anschließ, sofern dies überhaupt ermuntert oder möglich ist,

zu geben. Allein diesen Fall zu bestimmen, muß sich die deutsche Reichsregierung selbst vorbehalten. (Beifall.)

Ich muß aber noch einmal betonen, daß mir die Methode falsch zu sein scheint, für Konferenzen Programm-Entwürfe aufzustellen, mit der Ueberdritt „Alles oder Nichts“. Ich halte überhaupt einen solchen Grundgedanken im politischen Leben für unpraktisch. Ich glaube, daß man in der Befriedigung Europas viel mehr erreicht haben würde, wenn man sich von Fall zu Fall mit dem Erreichbaren begnügt hätte. Es ist in den letzten Jahren kaum ein Vorschlag zur Diskussion gestanden, bei dem nicht der eine oder andere Punkt ohne weiteres allgemein angenommen worden wäre. Anders man aber eine unlösliche Verbindung mit den anderen, teils schwereren, teils für einzelne Staaten überhaupt unannehmbaren Punkten behauptete, ließ man lieber auch das Gute ungeschehen und das Ganze scheitern.

Ebenso scheint es mir bedenklich, die These der Anteilbarkeit des Friedens als Vorwand für Konstellationen zu missbrauchen, die weniger der kollektiven Sicherheit als vielmehr gewollt oder ungewollt der kollektiven Kriegsorbereitung dienen. Der Weltkrieg sollte hier eine löbende Warnung sein. Ich glaube nicht, daß Europa zum zweitenmal ohne die furchtbare Erschütterung eine ähnliche Katastrophe überdauern wird. Sie kann aber um so leichter eintreten, je mehr durch ein Netz internationaler Kreuz- und Querverbindungen die Möglichkeit einer Eskalation kleinerer Konflikte immer schwächer, und die Gefahr des Mitgerissenwerdens zahlreicher Staaten und Staatengruppen größer wird.

Was Deutschland betrifft, möchte ich hier keinen Zweifel über folgendes offenlassen:

Ablehnung unabsehbarer Beilandspatte

Deutschland hat Frankreich gegenüber feierlich die nach der Saarabstimmung sich ergebende Grenze angenommen und garantiert. Deutschland hat mit Polen ohne Rücksicht auf das Vergangene einen Grenzabstimmungsvertrag abgeschlossen, der einen weiteren mehr als wertvollen Beitrag zum europäischen Frieden darstellt, den es nicht nur binden wird, sondern von dem wir nur den einen Wunsch haben, einer stets aufs neue zu erfolgenden Verlängerung und einer sich daraus immer mehr ergebenden freundschaftlichen Vertiefung unserer Beziehungen. Wir taten dies alles, trotzdem damit zum Beispiel endgültig auf Elbaf-Verträgen Verzicht leisten, ein Land, um das auch wir zwei große Kriege führten. Wir taten es aber, um belonders dem eigenen deutschen Volk für die Zukunft neue blutige Opfer zu ersparen. Wir sind der Ueberzeugung, daß wir damit nicht nur unserem Volk, sondern auch diesem Grenzgebiet am meisten nützen.

Wir wollen von unserer Seite aus alles tun, um mit dem französischen Volke zu einem wahren Frieden und zu einer wirklichen Freundschaft zu kommen. Wir anerkennen den politischen Staat als die Heimstätte eines großen nationalen führenden europäischen Nationalismus. Wenn wir aber dem deutschen Volk ein weiteres Hintergehen erlauben wollen, selbst dort, wo dies mit einem Opfer für uns verbunden ist, dann denken wir nicht daran, unter Blat wohllos für fremde Interessen zu verhandeln. Wir denken nicht daran, für jeden irgendwelchen Konflikt unser deutsches Volk, seine Männer und Söhne vertraglich zu verkaufen! Der deutsche Soldat ist zu gut, und wir haben unser Volk zu lieb, als daß wir es mit unserem Gefühl von Verantwortung vercarehen könnten, uns in nicht absehbaren Beilandsverpflichtungen festzulegen. (Beifall.)

Wir glauben, damit auch der Sache des Friedens besser zu dienen. Denn es kann das nötige Gefühl der Verantwortung jedes einzelnen Staates nur erhöhen, wenn er nicht von vornherein weiß, in seinem Konflikt große und mächtige militärische Verbündete zu besitzen. Endlich gibt es auch hier Dinge, die möglich sind und Dinge, die unmöglich sind.

Unsere Stellungnahme zum Ostpat

Ich möchte als Beispiel in aller Kürze auf den uns vorgeschlagenen Ostpat eingehen. Wir haben in ihm eine Beilandsverpflichtung vorgesehen, die nach unserer Ueberzeugung zu überhaupt nicht absehbaren Konsequenzen führen kann. Das Deutsche Reich und insbesondere die heutige deutsche Regierung haben keinen anderen Wunsch, als mit allen Nachbarstaaten friedlich und freundschaftlich zu verkehren. Wir haben diese Gefühle nicht nur gegenüber den uns umgebenden großen, sondern auch gegenüber den uns umgebenden kleinen Staaten. Ja, wir leben gerade in deren Existenz, sofern sie eine wirklich unabhängige ist, einen wünschenswerten friedlichen neutralen Faktor an unseren an sich im übrigen militärisch so offenen und ungeschützten Grenzen. So sehr wir selbst den Frieden lieben, lo wenig aber liegt es in unserer Hand, daß nicht, und gerade im Osten, zwischen irgendwelchen Staaten Konflikte auszubrechen vermögen. An sich ist die Feststellung des Schuldigen in einem solchen Falle unendlich schwer. Jene von göttlicher Einseitigkeit begnadete Stelle, die hier die ewige Wahrheit zu finden und auszusprechen vermöchte, gibt es auf dieser Welt nicht. So wie erst einmal die Kriegsrufe über die Völker laut, beginnt der Zweck, alle Mittel zu heiligen. Und bei den Menschen pflegt sich die Erkenntnis über das Recht und die Schuld dann schnell zu verblühen. Mehr als 20 Jahre sind seit Beginn des Weltkrieges vergangen, und jede Nation lebt in der heiligen Ueberzeugung, daß das Recht auf ihrer Seite und die Schuld bei den Gegnern lag.

Ich fürchte, daß bei Beginn eines solchen Konfliktes durch die Beilandsverpflichtungen weniger der Weg zur Erkenntnis des Angreifers, als vielmehr zur Unterfischung des den eigenen Interessen nächsten Staates führen wird. Es würde vielleicht der Sache des Friedens dienlicher sein, wenn im Falle des Ausbruchs des Konflikts sich sofort die Welt von beiden Seiten zurückzöge, als ihre Waffen schon von vornherein vertraglich in den Streit hineintragen zu lassen. (Starker Beifall.)

(Fortsetzung in der Beilage)

Wer kann mir raten? Frage: Ich habe durch dieses Rätselchen ganz viele Räte bekommen. Meine Frau behauptet, ich könnte das natürliche Rätselchen mehr Jahre nur wieder erlangen, wenn ich das Rätselchen ganz aufgebe. Da ich das nicht möchte, bitte ich um einen Rat. Antwort: „Wichtig ist, daß Sie einmal Chlorodont, um den gelben Raubergelb zu entfernen. Jeden Abend regelmäßige Zahnpflege mit Chlorodont verhilft gleichzeitig der Reinigung des Zahnelges und macht den Atem frisch und rein.“

**Zortfetzung der Führerrede
Unüberbrückbare Gegenläge**

Mein von diesen grundsätzlichen Erwägungen abgesehen, hier noch ein besonderer Fall vor. Das heutige Deutschland ist ein nationalsozialistischer Staat. Die Abwertung dieses Begriffs steht im diametralen Gegensatz zu der Sozialdemokratie. Der Nationalsozialismus ist eine Lehre, die sich ausschließlich auf das deutsche Volk bezieht. Der Bolschewismus betont seine internationale Mission. Wir Nationalsozialisten glauben, daß der Mensch auf die Dauer nur glücklich werden kann in seinem Volk. Wir leben in der Ueberzeugung, daß das Glück und die Leistungen Europas unzertrennlich verbunden sind mit dem Bestand eines Systems unabhängiger freier nationaler Staaten. Der Bolschewismus predigt die Aufrichtung eines Weltreiches und kennt nur zwei Klassen einer zentralen Internationale.

Der Nationalsozialismus tritt für die Lösung der gesellschaftlichen Probleme, Fragen und Spannungen in der eigenen Nation mit Methoden ein, die mit unseren allgemeinen menschlichen, geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Auffassungen, Traditionen und Bedingungen vereinbar sind. Der Bolschewismus predigt den internationalen Klassenkampf, die internationale Weltrevolution mit den Waffen des Terrors und der Gewalt.

Der Nationalsozialismus kämpft für die Ueberbrückung und konsequente Ausgleichung der Lebensgegenstände und für die Zusammenfassung aller zu gemeinsamen Leistungen. Der Bolschewismus lehrt die Ueberwindung einer behaupteten Klassenherrschaft durch die Diktatur der Gewalt einer anderen Klasse.

Der Nationalsozialismus legt seinen Wert auf eine unerschütterliche Herrschaft der Arbeiterklasse, dafür aber um so mehr auf die praktische Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und Lebenshaltung. Der Bolschewismus kämpft für eine Theorie und operiert dafür Millionen an Menschen, unermessliche Werte traditioneller Kultur und Ueberlieferungen und erreicht mit uns verglichen einen nur sehr niederen Standard der Lebenshaltung aller.

Wir Nationalsozialisten mögen vielleicht in dieser oder jener organisatorischen Frage mit unseren kirchlichen Organisationen nicht der gleichen Ansicht sein. Allein wir wollen niemals Religions- und Glaubenslosigkeit und wünschen nicht, daß aus unseren Kirchen Klubhäuser oder Kintoppas werden. Der Bolschewismus lehrt die Gottlosigkeit und umdeutelt dementsprechend.

Wir Nationalsozialisten sehen im privaten Eigentum eine höhere Stufe der menschlichen Wirtschaftsentwicklung, die entsprechend den Unterschieden der Leistung die Verteilung des Gelernteten regelt, die insgesamt aber für alle den Vorteil eines höheren Lebensstandards ermöglicht und garantiert. Der Bolschewismus vernichtet nicht nur das Privateigentum, sondern auch die private Initiative und die Verantwortungsfreudigkeit.

Er hat darauf in Rußland, dem größten Agrarstaat der Welt, Millionen Menschen nicht vor dem Verhungern retten können. Eine solche Katastrophe auf Deutschland übertragen wäre unvorstellbar, denn endlich kommen in Rußland auf 90 Landbesitzer nur 10 Städte, in Deutschland aber auf nur 25 Bauern 75 Stadtbewohner! Man könnte dies alles bis ins Endlose fortsetzen. Soziale wir Nationalsozialisten, als auch die Bolschewisten sind überzeugt, daß zwischen uns eine niemals zu überbrückende Kluft besteht. Aber darüber hinaus stehen zwischen uns mehr als 400 ermordete nationalsozialistische Parteimitglieder, Tausende weitere Nationalsozialisten, die in anderen Verbänden in Abwehr bolschewistischer Revolte getötet sind, Tausende an Soldaten und Parteimitgliedern, im Kampfe zum Schutze des Reiches und der Länder gegen die ewigen kommunistischen Aufrührer erschossen und verhaftet worden sind, dann allein über 49 000 Verurteilte der NSDAP, Tausende von ihnen sind teils erblindet, teils Krüppel für die ganze Zeit ihres Lebens.

Soweit es sich beim Bolschewismus um eine russische Angelegenheit handelt, sind wir an ihm gänzlich uninteressiert. Jedes Volk soll nach seiner Façon fertig werden. Sowie dieser Bolschewismus aber auch Deutschland in seinen Interessen sieht, sind wir seine inangemessenen und seine fanatischen Feinde. (Heulrufe, stürmischer Beifall.)

Tatsache ist, daß der Bolschewismus sich selbst als weltrevolutionäre Idee und Bewegung sieht und auch ausübt. Ich habe hier nur eine Anekdote der revolutionären Vorgänge der letzten 15 Jahre, mit denen die bolschewistische Partei, der bolschewistische Literatur und prominente bolschewistische Staatsmänner und Redner ihre Verbundenheit ganz offen gegeben, ja sich ihrer rühmen.

Eine Antwort an Eden

Ich habe aus der letzten Rede des englischen Lord-Lieutenant, wenn ich nicht irre, die Auffassung herausgehört, daß solche und insbesondere aggressive militärische Tendenzen der Sowjetunion gänzlich fernzulegen. Niemand würde glücklicher sein als ich, wenn sich diese Auffassung in der Zukunft bewahrheiten sollte. Die Vergangenheit spricht jedenfalls dagegen. Wenn ich mir anmaße, meine Auffassung diesem Urteil entgegenzusetzen, dann kann ich immerhin darauf hinweisen, daß der Erfolg meines eigenen Lebenskampfes nicht gerade ausschließlich einer bei mir zufällig ganz besonders stark angelegten Unfähigkeit zu verdanken ist. Ich glaube, ich verstehe hier immerhin einiges. Ich habe in Deutschland meine Tätigkeit etwa in der gleichen Zeit begonnen, in der der Bolschewismus seine ersten Erfolge, d. h. den ersten Bürgerkrieg in Deutschland erzielte. Als nach 15 Jahren der Bolschewismus in unserem Lande sechs Millionen Anhänger zählte, war ich auf 13 Millionen gestiegen. Am Entscheidungspunkt ist er unterlegen.

Der Nationalsozialismus hat Deutschland und damit die Welt vor dem Untergang durch die schrecklichen Katastrophenzeiten gerettet. (Sehr wahr! Lang anhaltender stürmischer Beifall.) Würden die westeuropäischen Völker dieser Idee über dieselben praktischen Erfahrungen verfügen, wie ich sie habe, dann glaube ich, würde man sich nicht auch dort zu wesentlich anderen Auffassungen geneigt fühlen. Würde aber mein Kampf in Deutschland militärisch gesiegt sein und der bolschewistische Aufruhr das Reich zunächst überhandnehmen, dann weiß ich, würde das Verständnis für die Größe unserer geschichtlichen Leistung fehlen. So kann ich nur als dießseitig von der Welt verachteter Warner auftreten. Soweit es sich um Deutschland handelt, muß ich meinem Lande und meiner Verantwortung gemäß folgendes fest-

Die deutschen kommunistischen Aufstände und Revolutionen hätten ohne die geistige und materielle Vorbereitung durch den Weltbolschewismus gar nicht stattfinden können. Ihre hervorragenden Führer wurden für ihre revolutionären Handlungen in Deutschland nicht nur in Rußland geschult und finanziert, sondern auch gefeiert und mit Orden ausgezeichnet, ja sogar zu Inhabern russischer Truppenteile ernannt. Dies sind Tatsachen.

Memel ist deutsch!

Deutschland hat bei keinem europäischen Krieg etwas zu gewinnen. Was wir wollen ist Freiheit und Unabhängigkeit. (Beif.) Aus diesen Absichten heraus waren wir auch bereit, mit allen unseren Nachbarstaaten Nichtangriffspakte abzuschließen. Wenn wir davon Citauen ausnehmen, so geschieht dies nicht deshalb, weil wir dort einen Krieg wünschen, sondern weil wir nicht mit einem Staat politische Verträge eingehen können, der die primitivsten Geleße des menschlichen Zusammenlebens mißachtet. (Bravo! Sich immer wiederholender Beifall.) Es ist traurig genug, daß durch die zersplitterte Lagerung der europäischen Völker sich in manchen Fällen eine praktische Grenzziehung in den Nationalitäten entsprechenden Nationalgrenzen nur schwer verwirklichen läßt, aber daß durch gewisse Verträge auf die nationale Zusammengehörigkeit bewußt keine Rücksicht genommen wurde. Es ist dann aber erst recht nicht notwendig, daß man Menschen, die ohnehin schon von dem Unglück betroffen sind, von ihrem angekommenen Volke weggerissen zu sein, außerdem noch quält und mißhandelt. (Sehr richtig!)

In einer großen internationalen Zeitung las ich vor wenigen Wochen die Bemerkung, daß Deutschland doch leicht auf das Memelgebiet Verzicht leisten könne, es sei ohnehin schon groß genug. Dieser eble menschenfreundliche Stribent vergißt nur eines, daß 140 000 Menschen endlich ja auch ein eigenes Lebensrecht besitzen, daß es sich gar nicht darum handelt, ob Deutschland sie will oder nicht will, sondern darum, ob sie selbst Deutsche oder keine Deutschen sein möchten. Sie sind Deutsche. Man hat sie durch einen nachträglich sanktionierten Ueberfall, der mitten im Frieden stattfand, vom Reiche weggerissen und zur Strafe dafür, daß sie nun dennoch am deutschen Volkstum hängen, werden sie verfolgt, gefoltert und auf das barbarischste mißhandelt. (Wüh-Rufe.) Was würde man wohl in England oder in Frankreich sagen, wenn ein solch trauriges Schicksal Angehörigen dieser Nationen zustoßen würde!

Wenn das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem Volk durch Menschen, die man gegen jedes Recht und Naturempfinden von einem solchen Volke weggerissen hat, als strafwürdiges Verbrechen gilt, dann heißt dies, daß man Menschen selbst das Recht verweigert, das jedem Tier noch zugesprochen wird! Das Recht der Anhänglichkeit an den alten Herrn und die alte angeborne Gemeinschaft. Aber die 140 000 Deutsche in Citauen werden sogar unter diese Rechte gestellt. Wir haben daher keine Möglichkeit, solange es den verantwortlichen Garantien des Memelstatus ihrerseits nicht möglich ist, Citauen zum Respekt der primitivsten Menschenrechte zurückzuführen, unversehrt mit diesem Staat irgendeinen Vertrag abzuschließen. Mit dieser Ausnahme aber — die jederzeit von den dafür verantwortlichen Großmächten begehren werden kann — sind wir bereit, jedem angrenzenden europäischen Staat durch einen Nichtangriff- und Gewaltausgleichs-Vertrag jenes Gefühl der Sicherheit zu erhöhen, das ja auch uns als Gegenseite zugute kommt. Wir haben aber nicht die Möglichkeit, solche Verträge durch Behaltensverpflichtungen zu ergänzen, die weit-ansprechend, politisch und sachlich für uns untragbar sind.

Keine Kampfhilfe für den Bolschewismus

Der Nationalsozialismus kann nicht die Angehörigen des deutschen Volkes, d. h. seine Anhänger zum Kampf aufzurufen für die Erhaltung eines Systems, das in unserem eigenen Staat zumindest als unser grimmigster Feind in Erscheinung tritt. Die Verpflichtung zum Frieden! Eine Kampfhilfe des Bolschewismus wünschen wir selbst nicht und wären auch nicht in der Lage, sie zu geben.

Im übrigen sehen wir in dem Abschluß der uns beamtgewordenen Weidmanns-Pakte eine Entwicklung, die sich in nichts mehr unterscheidet von der Bildung der früheren militärischen Allianzen. Wir bewahren dies besonders deshalb, weil durch das zwischen Frankreich und Rußland abgeschlossene Militärabkommen ohne Zweifel in den einzig klaren und wirklich wertvollen gegenseitigen Sicherheitsvertrag in Europa, nämlich dem Locarno-Pakt ein Element der Rechtsunsicherheit hineingetragen wird. Die wohl aus ähnlichen Überlegungen heraus in letzter Zeit von verschiedenen Seiten vorgetragenen Anträge über die in Folge dieses neuen Bündnisses gegebenen Rechtsverpflichtungen beweisen sowohl durch die Fragestellungen als auch durch die Beantwortung, wie groß die Zahl der dadurch ermöglichten Fälle ist, die jedenfalls zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß geben können. Die deutsche Regierung wird besonders dankbar sein, eine authentische Interpretation der Rückwirkungen und Auswirkungen des russisch-französischen Militärabkommens auf die Vertragspflichten der einzelnen Vertragspartner des Locarno-Paktes zu erhalten. Sie möchte auch keinen Zweifel über ihre eigene Auffassung aufkommen lassen, daß sie diese Militärallianzen als unvereinbar mit dem Geist und dem Buchstaben des Völkerbundsstatus hält.

Nicht weniger unzulässig als die Uebernahme unbegrenzter Weidmannsverpflichtungen erscheint uns die Unterzeichnung von Nichtangriffspakten, solange dieser Begriff nicht eine genauere Definition erfährt. Denn an sich hätten wir Deutschen den allermeisten Grund, uns zu freuen, wenn endlich ein Weg oder eine Methode gefunden werden könnte, um die Einschränkung auf das innere politische Leben der Völker durch Kräfte von außen zu unterbinden und zu verhindern. Seit Beendigung des Weltkrieges ist ja Deutschland ein Opfer solcher vorgetragenen Sündungen. Unsere kommunistische Partei war die Sektion einer im Ausland verankerten und von dort dirigierten politischen Bewegung. Alle Aufstände in Deutschland erlitten von außen ihre geistige Führung und materielle Förderung. Das ist übrigens der anderen Welt ganz genau bekannt, hat sie aber nie sonderlich aufgeregt!

Sehe vom Auslande her

Eine Armee von Emigranten ist im Ausland gegen Deutschland tätig. In Prag, Paris und anderen Städten werden fortgesetzt revolutionäre deutsche Zeitungen gedruckt und nach Deutschland geschmuggelt. Oeffentliche Aufrufe zu Gewalttaten finden nicht nur in diesen Organen, sondern

auch in sonstigen großen Blättern bereitwillige Aufnahme. Sogenannte „Schwarze“ Sender fordern von dort aus in Deutschland zu Attentaten auf. Wieder andere Sender machen in deutscher Sprache Propaganda für in Deutschland verbotene Terrororganisationen. Gerichtshöfe werden im Ausland in voller Offenheit gebildet und versuchen, von außen her in die deutsche Rechtspflege einzugreifen usw. usw. So sehr wir also selbst interessiert sind, solche Verleumdungen und Methoden zu beseitigen, so groß scheint uns die Gefahr zu sein, daß bei einer nicht ganz genauen Definition solcher Vorgänge ein Regime, das im Innern eines Staates über keine andere Rechtsgrundlage als die der Gewalt verfügt, jede innere Erhebung sofort als auf äußeren Einfluß zurückzuführende Einmischung umzuhandeln versucht und nun zu seiner Selbsterhaltung die vertragliche Waffenruhe fordert.

Deutschland hat weder die Absicht noch den Willen, sich in die inneren österreichischen Verhältnisse einzumengen, Oesterreich etwa zu annektieren oder anzuschließen. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung haben aber aus dem einfachen Solidaritätsgefühl gemeinsamer nationaler Herkunft den begreiflichen Wunsch, daß nicht nur fremden Völkern, sondern auch dem deutschen Volk überall das Selbstbestimmungsrecht gewährleistet wird. Ich selbst glaube, daß auf die Dauer kein Regime, das nicht im Volk verankert, vom Volke getragen und vom Volke gewünscht wird, Bestand haben kann. Wenn zwischen Deutschland und der zu einem großen Prozentsatz aus deutschen Schweiz solche Schwierigkeiten nicht bestehen, dann einfach deshalb, weil die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Schweiz eine tatsächliche ist, und weil niemand zweifelt, in ihrer Regierung den wirklichen legalen Ausdruck des Volkswillens zu sehen.

Wir Deutsche haben aber allen Anlaß, zufrieden zu sein, daß sich an unserer Grenze ein Staat mit einer zu einem hohen Teil deutschen Bevölkerung bei großer innerer Festigkeit und im Besitz einer wirksamen und tatsächlichen Unabhängigkeit befindet. Die deutsche Regierung beharrt die durch den Konflikt mit Oesterreich bedingte Spannung um so mehr, als dadurch eine Stärkung unseres früher so guten Verhältnisses zu Italien eingetreten ist, einem Staat, mit dem wir sonst keinerlei Interessengegenstände besitzen.

Wenn ich von diesen allgemeinen Betrachtungen nun übergehe zu einer präziseren Fixierung der vorliegenden aktuellen Probleme, so komme ich zu folgender

Stellungnahme der Reichsregierung:

1. Die deutsche Reichsregierung lehnt die am 17. März erfolgte Genfer Entschließung ab.

Nicht Deutschland hat den Vertrag von Versailles einseitig gebrochen, sondern das Diktat von Versailles wurde in den bekannten Punkten einseitig verletzt und damit außer Kraft gesetzt durch jene Mächte, die sich nicht entschließen konnten, der von Deutschland verlangten Wahrung die vertraglich vorgesehene eigene folgen zu lassen. Die durch diesen Beschluß in Genf Deutschland zugefügte neue Diskriminierung machte es der deutschen Reichsregierung unmöglich, in diese Institution zurückzuführen, die nicht die Voraussetzungen für eine wirkliche gleiche Rechtelage aller Teilnehmer geschaffen sind. Zu dem Zweck erachtet es die deutsche Reichsregierung als notwendig, zwischen dem Vertrag von Versailles, der aufgebaut ist auf der Unterzeichnung der Nationen in Sieger und Besiegte, und dem Völkerbund, der aufgebaut sein muß auf der Gleichberechtigung aller Mitglieder, eine klare Trennung herbeizuführen.

Diese Gleichberechtigung muß sich auf alle Funktionen und alle Besitzrechte im internationalen Leben erstrecken.

2. Die deutsche Reichsregierung hat infolge der Nichterfüllung der Abrüstungsverpflichtungen durch die anderen Staaten sich ihrerseits losgesagt von den Artiteln, die infolge der nunmehr einseitigen vertragswidrigen Belastung Deutschlands eine Diskriminierung der deutschen Nation für unbegrenzte Zeit darstellen. Sie erklärt aber hiermit feierlich, daß sich diese ihre Maßnahme ausschließlich auf die moralisch und sachlich das deutsche Volk diskriminierenden und beunruhigenden Punkte bezieht. Die deutsche Reichsregierung wird daher die sonstigen, das Zusammenleben der Nationen betreffenden Artitel einschließlich der territorialen Bestimmungen unbedingt respektieren und die im Wandel der Zeiten unvermeidlichen Revisionen nur auf dem Wege einer friedlichen Verständigung durchführen.

Erfüllung von Locarno

3. Die deutsche Reichsregierung hat die Absicht, keinen Vertrag zu unterzeichnen, der ihr unerfüllbar erscheint, sie wird aber jeden freiwillig unterzeichneten Vertrag, auch wenn seine Abfassung von ihrem Regierens- und Machtantritt stattfand, pünktlich einhalten. Sie wird insbesondere daher alle aus dem Locarnoakt sich ergebenden Verpflichtungen so lange halten und erfüllen, als die anderen Vertragspartner auch ihrerseits bereit sind, zu diesem Pakte zu stehen. Die deutsche Reichsregierung sieht in der Fortsetzung der entmilitarisierten Zone einen für den Völkerbund Staat unerhöflichen schweren Beitrag zur Beruhigung Europas. Sie glaubt aber darauf hinweisen zu müssen, daß die fortgesetzten Truppenbewegungen auf der anderen Seite keineswegs als eine Ergänzung dieser Bestrebungen anzusehen sind.

4. Die deutsche Reichsregierung ist jederzeit bereit, sich an einem System kollektiver Zusammenarbeit zur Sicherung des europäischen Friedens zu beteiligen, hält es aber dann für notwendig, dem Geiste der ewigen Weisheitentscheidung durch die Offenhaltung vertraglicher Revisionen entgegenzukommen. Sie sieht in der Ermöglichung einer geordneten Vertragsentwicklung ein Element der Friedensicherung, in dem Abbruch jeder notwendigen Wandlung eine Auffassung für spätere Epochen.

5. Die deutsche Reichsregierung ist der Auffassung, daß der Neuaufbau einer europäischen Zusammenarbeit sich nicht in den Formen einseitig aufzotrogener Bedingungen vollziehen kann. Sie glaubt, daß es richtig ist, sich angesichts der nicht immer gleichgelagerten Interessen stets mit einem Minimum zu begnügen, daß diese Zusammenarbeit infolge eines unerfüllbaren Maximums an Forderungen scheitern zu lassen. Sie ist weiter der Ueberzeugung, daß sich diese Verständigung mit einem großen Ziel im Auge nur schrittweise vollziehen kann.

Bereitschaft zu Nichtangriffspakten

6. Die deutsche Reichsregierung ist grundsätzlich bereit, Nichtangriffspakte mit ihren einzelnen Nachbarstaaten abzuschließen und diese durch alle Bestimmungen zu ergänzen, die auf eine Isolierung der Armeen, währenden und eine

Cofaltierung des Kriegsherdens abjelen. Sie ist insbesondere bereit zur Uebernahme aller Verpflichtungen, die sich daraus für die Lieferung von Materialien und Waffen im Frieden oder Krieg ergeben mögen und von allen Partnern übernommen und respektiert werden.

7. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, zur Ergänzung des Locarno-Paktes einem Luftabkommen zuzustimmen und in seine Erörterungen einzutreten.

8. Die deutsche Reichsregierung hat das Ausmaß des Aufbaues der neuen deutschen Wehrmacht bekanntgegeben. Sie wird davon unter keinen Umständen abgehen.

Sie sieht weder zu Lande, noch zur Luft, noch zur See in der Erfüllung ihres Programms irgendeine Bedrohung einer anderen Nation. Sie ist aber jederzeit bereit, in ihrer Waffenrüstung jene Bewegungen vorzunehmen, die von den anderen Staaten ebenfalls übernommen werden. Die deutsche Reichsregierung hat von sich aus bereits bestimmte Bewegungen ihrer Absichten mitgeteilt. Sie hat damit am besten ihren guten Willen gekennzeichnet, ein unbegrenztes Vertrauen zu vermeiden.

Ihre Begrenzung der deutschen Aufrüstung auf den Stand einer Parität mit den einzelnen anderen westlichen großen Nationen ermöglicht jederzeit die Fixierung einer oberen Zahl, die dann einzuhalten sich Deutschland bindend verpflichten wird.

Die deutsche Flottentonnage

Die Begrenzung der deutschen Marine liegt mit 35 Prozent der englischen Marine mit noch 15 Prozent unter dem Gesamttonnage der französischen Flotte.

Da in den verschiedenen Pressecommentaren die Meinung besprochen wurde, daß diese Forderung nur ein Beginn sei und sich insbesondere mit dem Besitz von Kolonien erhöhen würde, erklärte die deutsche Reichsregierung verbindend: Diese Forderung ist für Deutschland eine endgültige und bleibende. Deutschland hat weder die Absicht noch die Notwendigkeit oder das Vermögen, in irgendeine neue Flottenrivalität einzutreten. Die deutsche Reichsregierung erkennt von sich aus die überragende Lebenswichtigkeit und damit die Berechtigung eines dominierenden Schatzes des britischen Weltreiches zur See an, genau so, wie wir umgekehrt entschlossen sind, alles Notwendige zum Schutze unserer eigenen kontinentalen Existenz und Freiheit zu tun. Die deutsche Regierung hat die ausdrückliche Absicht, alles zu tun, um zum britischen Volk und Staat ein Verhältnis zu finden und zu erhalten, das eine Wiederholung des bisher einzigen Kampfes zwischen beiden Nationen für immer verhindern wird. (Beifall.)

Schrittweise Abrüstung

9. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, sich an allen Bestrebungen anzuheiligen, die zu praktischen Begrenzungen unerforderlicher Rüstungen führen können. Sie sieht den z. Zt. einzig möglichen Weg hierzu in einer Rückkehr zu den Gedankenengängen der einflussigen Genfer Konvention des Roten Kreuzes. Sie glaubt zunächst nur an die Möglichkeit einer schrittweisen Abschaffung und Verengung von Kampfmitteln und Kampfmitteln, die ihrem inneren Wesen nach im Widerspruch stehen zur bereits geltenden Genfer Konvention des Roten Kreuzes.

Sie glaubt dabei, daß ebenso wie die Anwendung von Dumm-Geschossen einst verboten und im großen damit auch praktisch verhindert wurde, auch die Anwendung anderer bestimmter Waffen zu verbieten und damit auch praktisch zu verhindern ist. Sie versteht darunter alle jene Kampfmaschinen, die in erster Linie weniger den kämpfenden Soldaten als vielmehr den am Kampfe selbst unbeteiligten Frauen und Kindern Tod und Verwundung bringen.

Die deutsche Reichsregierung hält den Gedanken, Flugzeuge abzufliegen, auch das Bombardement offen zu lassen, für irrig und unwirksam. Sie hält es aber für möglich, die Anwendung bestimmter Waffen international als völkerrechtswidrig zu verkennen und die Nationen, die sich solcher Waffen dennoch bedienen, als außerhalb der Menschheit und ihrer Rechte und Gesetze stehend zu verurteilen. Sie glaubt auch hier, daß ein schrittweises Vorgehen am ehesten zum Erfolg führen kann. Also: Verbot des Abwerfens von Gas-, Brand- und Sprengbomben außerhalb einer wirklichen Kampfszone.

Diese Beschränkung kann bis zur vollständigen internationalen Verurteilung des Bombenabwurfs überhaupt fortgesetzt werden. Solange aber der Bombenabwurf als solcher freisteh, ist jede Begrenzung der Zahl der Bombenflugzeuge angesichts der Möglichkeit des schnellen Ersetzes

fragwürdig. Wird der Bombenabwurf aber als solcher als völkerrechtswidrig barbarell gebrandmarkt, so wird der Bau von Bombenflugzeugen damit bald als überflüssig und zwecklos von selbst sein Ende finden.

Wenn es einst gelang, durch die Genfer Rote Kreuz-Konvention die sich mögliche Tötung des wehrlosen gewordenen Verwundeten oder Gefangenen allmählich zu verhindern, dann muß es genau so möglich sein, durch eine analoge Konvention den Bombenkrieg gegen die ebenfalls wehrlose Zivilbevölkerung zu verbieten und endlich überhaupt zur Einstellung zu bringen. Deutschland sieht in einer solchen grundsätzlichen Anfassung dieses Problems eine größere Beruhigung und Sicherheit der Völker, als in allen Beistandspakten und Militärkonventionen.

Beilegung der Angriffswaffen

10. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, jeder Beschränkung zuzustimmen, die zu einer Beilegung der gerade für den Angriff besonders geeigneten schwersten Waffen führt. Diese Waffen umfassen erkens schwere Artillerie und zweitens schwere Tanks. Angehts der ungeheuren Befähigungen der französischen Gewerke würde eine solche internationale Beilegung der schwersten Angriffswaffen Frankreich automatisch in den Besitz einer geradezu hundertprozentigen Sicherheit bringen.

11. Deutschland erklärt sich bereit, jeder Begrenzung der Kaliberstärken der Artillerie, der Schiffschiffe, Kreuzer und Zepedoboote zuzustimmen. Desgleichen ist die deutsche Reichsregierung bereit, jede internationale Begrenzung der Schiffsgrößen zu akzeptieren. Und endlich ist die deutsche Reichsregierung bereit, der Begrenzung des Tonnagegehalts der U-Boote oder auch ihrer vollkommenen Beilegung für den Fall einer internationalen gleichen Regelung zuzustimmen.

Darüber hinaus aber gibt sie abermals die Versicherung an, daß sie sich überhaupt über internationale und im gleichen Zeitraum wirksam werdenden Waffenbegrenzung oder Waffenbeilegung anschießt.

12. Die deutsche Reichsregierung ist der Auffassung, daß alle Veruche, durch internationale oder mehrstaatliche Vereinbarungen eine wirksamere Milderung gewisser Spannungen zwischen einzelnen Staaten zu erreichen, vergeblich sein müssen, solange nicht durch geeignete Maßnahmen einer Vergiftung der öffentlichen Meinung der Völker durch unverantwortliche Elemente in Wort und Schrift, Film und Theater vorgebeugt wird. (Beifall.)

13. Die deutsche Reichsregierung ist jederzeit bereit, einer internationalen Vereinbarung zuzustimmen, die in einer wirksamen Weise alle Veruche einer Einmischung von außen in andere Staaten unterbindet und unmöglich macht. Sie muß jedoch verlangen, daß eine solche Regelung international wirksam wird und allen Staaten zugute kommt.

Da die Gefahr besteht, daß in Ländern mit Regierungen, die nicht vom allgemeinen Vertrauen ihres Volkes getragen sind, innere Erhebungen von interessierter Seite nur zu leicht auf äußere Einmischung zurückgeführt werden können, erscheint es notwendig, den Begriff „Einmischung“ einer genauen internationalen Definition zu unterziehen.

Die Völker wollen den Frieden

Abgeordnete! Männer des Deutschen Reichstages! Ich habe mich bemüht, Ihnen ein Bild der Aufstellungen zu geben, die uns heute bewegen. So groß auch die Beforgnisse im einzelnen sein mögen, ich halte es mit meinem Verantwortungsbewußtsein als Führer der Nation und Kanzler des Reiches unvereinbar, auch nur einen Zweifel über die Möglichkeit der Aufrechterhaltung des Friedens auszusprechen. Die Völker wollen ihn. Es muß den Regierungen möglich sein, ihn zu bewahren!

Ich glaube, daß die Wiederherstellung der deutschen Wehrkraft zu einem Element dieses Friedens werden wird. Nicht weil wir beabsichtigen, sie zu einer sinnlosen Größe zu steigern, sondern weil die einzige Grundlage ihrer Existenz ein gefährliches Vakuum in Europa beseitigt. (Starker Beifall.) Deutschland hat nicht die Absicht, seine Rüstungen ins Uferlose zu steigern.

Wir besitzen keine 10 000 Bombenflugzeuge und werden sie auch nicht bauen, im Gegenteil! Wir haben uns selbst jene Begrenzung auferlegt, die nach unserer Ueberzeugung den Schutz der Nation gewährleistet, ohne gegen den Gedanken einer kollektiven Sicherheit und ihrer Regelung zu verstoßen. Wir würden am glücklichsten sein, wenn eine solche Regelung uns die Möglichkeit geben würde, den Fleiß unseres Volkes

zur nutzgerechtern Produktion verwenden zu können als zur Herstellung von Instrumenten zur Zerstörung von Menschenleben und Gütern.

Wir glauben, daß, wenn die Völker der Welt sich einig könnten, ihre gesamten Brand-, Gas- und Sprengbomben gemeinsam zu vernichten, dies eine billigere Angelegenheit wäre, als sich mit ihnen gegenständig zu gerichten.

Wenn ich so spreche, dann rede ich nicht mehr als Vertreter eines wehrlosen Staates, dem eine solche Handlung anderer seine Verpflichtungen, sondern nur Vorteile bringen könnte. Es ist nicht meine Absicht, mich an der in letzter Zeit an verschiedenen Orten eingerissenen Diskussion über den Wert anderer oder der eigenen Arme, über den feststehenden Wert fremder und die hervorragende Tapferkeit der eigenen Soldaten zu beteiligen.

Wir alle wissen, wie viele Millionen kühner und tapferer mutiger Gegner uns leider im Weltkrieg gegenübergestanden haben. Uns Deutschen aber kann die Geschichte nicht öfter das Zeugnis ausstellen, daß wir die Kunst des vernünftigen Lebens weniger verstanden haben als die Kunst des anständigen Sterbens. Ich weiß, der Deutsche wird ein Soldat, wenn je die Nation angegriffen würde, unter dem Eindruck der anderthalb Jahrzehnte langen Belagerung das Schicksal beliebiger Völker mehr denn je seine Pflicht erfüllen. Diese sichere Ueberzeugung ist für uns alle die schwerere Verantwortung und damit eine höchste Verpflichtung.

Unser Beitrag zum Friedenswert

Ich kann die heutige Rede vor Ihnen, meine Mitkämpfer und Vertrauensmänner der Nation, nicht besser schließen als durch die Wiederholung unseres Bekenntnisses zum Frieden. Die Art unserer neuen Verfassung gibt uns die Möglichkeit in Deutschland den Kriegsheern das Handwerk zu legen. Möge es auch den anderen Völkern gelingen, der wahren Sehnsucht ihres Inneren mutigen Ausdrucks zu verleihen. Wer in Europa die Brandfackel des Krieges erhebt, muß nur das Chaos wünschen. Wir aber leben in der festen Ueberzeugung, daß sich in unserer Zeit nicht erfüllt der Willetergang des Abendlandes, sondern seine Wiederauferstehung. Daß Deutschland zu diesem großen Wert eines unerschütterlichen Beitrags liefern möge, ist unsere stolze Hoffnung und unser unerlöschlicher Glaube.

Stürmischer und lang anhaltender Beifall bewies dem Führer, daß er allen Abgeordneten und darüber hinaus dem ganzen deutschen Volk aus dem Herzen gesprochen hat.

Die Entschliebung

Reichstagspräsident Göring sprach dem Führer den Dank des Reichstages und des ganzen deutschen Volkes für seine Darlegungen aus. Der Reichstag hoffte, daß die eindringlichen Worte des Führers von der Welt gehört und befolgt werden.

Einmütig wurde vom Reichstag folgende Entschliebung angenommen: Der Reichstag billigt einmütig die Erklärung des Führers und Reichstagskanzlers und dankt ihm für die von der gesamten Reichsregierung für die nachdrücklichste Wahrung der deutschen Ehre und Gleichberechtigung.

Der Reichstagspräsident schloß die Sitzung mit der Erklärung, daß diese Entschliebung das ganze deutsche Volk ebenfalls angenommen habe, und mit einem Treuegelübde an den Führer. Stehend sangen zum Schluß die Abgeordneten das Horst-Wessel-Lied.

Schwerer Unfall auf einem Neubau. Auf einem Neubau in Kaufbeuren ereignete sich infolge eines Gerüststurzes ein schwerer Unfall. Mehrere Arbeiter waren damit verunglückt, einen sehr Zentner schweren Träger auf dem Gerüst zu befördern. Beim Niederlassen des Trägers auf dem Boden des Gerüstes löste sich, anscheinend durch die Erschütterung, eine Bindung. Die Last fiel auf die Arbeiter in die Tiefe. Durch den Sturz wurden sechs Arbeiter verletzt, darunter drei lebensgefährlich.

Sabotage oder Leidenschaft? Zwei Antstreicher, die die Bord des neuen französischen Dampfers „Normandie“ arbeiteten, sind von der Polizei verhaftet worden. Sie sollen einem strengen Verhör unterzogen. Die Festnahme erfolgte, weil in einem Waldraum, den sie gerade verlassen hatten, eine Benzintank in Brand geraten war. Die beiden Arbeiter haben sich allerdings angeblich um die Verhütung des Feuers selbst bemüht, da sie das Raucherboot der Bord übertreten und einen noch glimmenden Stummel wegwerfen hatten.

* **Nordenkirchen.** Der Karussellbesitzer Paul Wilks aus Nordenkirchen, der lange Jahre mit seinem Karussell sämtliche Märkte besuchte, hat dieses nunmehr an den ambulanten Gewerbetreibenden Wilhelm Rentes in Nordenham verkauft. Auf dem hiesigen Frühlingsspiel nahm der neue Besitzer es in Betrieb.

* **Oldenburg, 21. Mai 1935.** Zentrale Viehmarkt. Amtl. Bericht vom Zucht- und Nutzviehmarkt. Auktions: 71 Stück. Es folgten:

| | | |
|-------------------|-------------|------------|
| hochtragende Kühe | 1. Qualität | 400—440 RM |
| " | 2. Qualität | 320—390 " |
| " | 3. Qualität | 190—290 " |
| tragende Kühe | 1. Qualität | 290—340 " |
| " | 2. Qualität | 170—270 " |

* **Oldenburg.** Der durch seine Schieberei auf Reichswehrangehörige und Oldenburger Polizeibeamte zu einer traurigen Verühmtheit gelangte „Otto Klöpfer“, der sich im Verlaufe der Nachforschungen als der lange fleckfleckig gefleckte Schlichter Labs entpuppte, ist nach der Ausheilung seiner Verletzungen an die ihn suchende auswärtige Polizeibehörde abgegeben worden, so daß die von ihm in Oldenburg begangenen Straftaten, u. a. Einbrüche in Büros von Rechtsanwälten, die oben erwähnte Schieberei, vor einem auswärtigen Gericht mit zur Beurteilung gelangen werden. Witterwelle hat Labs weit über 30 schwere Einbrüche eingestanden, so daß fast alle unangefangenen Einbrüche ihm aus den letzten 18 Monaten auf sein Konto zu setzen sind.

* **Oldenburg.** Die Große Strafkammer verhandelte zwei ganze Tage gegen den am 25. Februar 1879 in Warfen bei Hooftiel (Friesland) geborenen Johann H., der vor seinem zum 1. Mai d. J. erfolgten Verzug nach Wittmundhafen mehrere Jahre in Fester wohnte. H., der einige gelinde Verurteilungen aufzuweisen hat, machte auch bereits Bekanntheit mit dem Konzentrationslager. Die Anklage warf ihm vor, in den Jahren 1932 bis 1935

fortgesetzt den in Fester wohnenden Rechtsanwalt Christians in der größten Weise beleidigt und bedroht zu haben. Der Angeklagte ging sogar so weit, daß er sich eine Schreibmaschine kaufte und große Umhängetaschen, die sich auf den Beruf des Rechtsanwalts bezogen an die Amtsgerichtsrate in Fester und andere behördliche Personen, an den Landtag, das Ministerium, das Finanzamt und sogar an die Anwaltskammer schrieb. Er machte Reisen, um „Material“ gegen seinen „Feind“ zu sammeln. Auch auf der Straße ließ er sich hinsetzen, Ehr. große Beleidigungen und Drohungen zuzufügen. Lange kimmerte sich Ehr. nicht um diese Angriffe, da er wie alle, die H. kennen, ihn nicht ernst nahm. Dann aber ging die Sache doch zu weit und er erkrankte. Zu der Verhandlung waren mehr als 20 Zeugen geladen. Die Verteidigung lag in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Wofisch aus Hamburg. Nachdem am Montag letzter Woche verhandelt war, erließ der Angeklagte am folgenden Tage nicht, so daß gegen ihn ein Haftbefehl erlassen wurde. Die Verhandlung wurde überaus eingehend geführt. Es ergab sich nicht das Beste gegen Rechtsanwalt Ehr., was auch das Ehrengericht der Anwaltskammer bereits vorher festgestellt hatte. Er geht vollständig gerechtfertigt aus der Verhandlung hervor. Gegen den Angeklagten, der sich recht kleinlaut benahm, beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von einem Jahr 6 Monaten. Auch das Gericht kam zu der Ansicht, daß für eine solche Ehrabschneidung keine Geldstrafe, sondern nur eine empfindliche Gefängnisstrafe in Frage komme, demnach diese auf ein Jahr drei Monate und ließ den Haftbefehl gegen H. bestehen. — Es sei noch bemerkt, daß der Angeklagte gegen den Rechtsanwalt, der ihn vordem in Rechtsachen vertreten hatte, aus dem Grunde vorging, weil eine Rechnung, die übrigens vom Gericht festgesetzt war, ihm zu hoch erliefen.

* **Stiefelkamperfeh.** Der im 65. Lebensjahre stehende Altschiffer Walfje F. Schön ist dieser Tage an einer schweren Blutvergiftung gestorben. Sch. hatte in

voriger Woche am Fuß ein ziemlich dickes Geschwür, das sich nachher beim Gehen öffnete. Am nächsten Tage streute er auf seiner Wiefe Kunstböden, wovon die wahrscheinlich etwas in die Wunde geraten ist. Es folgte eine schwere Blutvergiftung ein, an der Sch. am größten Schmerzen litt.

Turnen, Spiel und Sport

Der Unterkreisoberturnwart Krufe hat jetzt die Turnmedebogen für das Turnfest in Seefeld vertrieht. Er müssen spätestens auf dem Wandertag in Jaderberg, dem sich die Vortagjäger Vereine um 11 Uhr in Dietmannshausen treffen, zurückgegeben werden.

Zum ersten Male wird in diesem Jahre auf einem Turnfest auch ein Wettkampf im Schießen durchgeführt werden. Es wird auf die 12-Ringscheibe geschossen, 5 Schuß stehend aufgelegt. Als Auszeichnung erhalten die Sieger einen Ehrenzweig. Die Kleinfalkenvereine können mitgebracht werden, stehen aber auch im Schießklub zur Verfügung. Die Munition muß von jedem Schützen selbst bezahlt werden. Alle Schützen müssen im Besitz eines Festabzeichens sein. Der Beginn des Schießens am 29. Juni um 17 Uhr. Während der kirchlichen Fest- und Feiern auf dem Schuplach wird nicht geschossen. Am 30. Juni muß um 13 Uhr das Schießen beendet sein. Während der Platzmuff am Mittag kommt ein Straßlauf zum Austrag. Jede Arbeitsgemeinschaft der Wehrmacht hat dazu eine Mannschaft von 10 Läufern zu stellen. Geläufen wird vom Vereinslokal bis zur Mühle und zurück. Am Nachmittage zeigen die Vereine während des Schauturnens ein Vereinsturnen. Jede Menge aus 8 Teilnehmern bestehen. Es können sich mehrere Vereine zusammenschließen. Da nun auch noch ermittelte die völlige Aussprache durchgeführt werden wird, das Fest soviel Neues, daß die Teilnehmer restlos ihre Kosten kommen werden.